SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Kirchliche Strukturplanung in schrumpfenden ländlichen Räumen: das Beispiel des Kirchenkreises Altenburger Land

Meyer, Frank (Ed.); Miggelbrink, Judith (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Meyer, F., & Miggelbrink, J. (Hrsg.). (2015). *Kirchliche Strukturplanung in schrumpfenden ländlichen Räumen: das Beispiel des Kirchenkreises Altenburger Land* (Forum IfL, 28). Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde e.V. (IfL). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-452202

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

forum ifl

Frank Meyer und Judith Miggelbrink (Hrsg.)

Kirchliche Strukturplanung in schrumpfenden ländlichen Räumen.

Das Beispiel des Kirchenkreises Altenburger Land.

Heft 28 ▪ 2015

Leibniz-Institut für Länderkunde

forum ifl

herausgegeben vom Leibniz-Institut für Länderkunde

Heft 28

Frank Meyer und Judith Miggelbrink (Hrsg.)

Kirchliche Strukturplanung in schrumpfenden ländlichen Räumen.

Das Beispiel des Kirchenkreises Altenburger Land.

Leibniz-Institut für Länderkunde
Leipzig 2015

Die Reihe **forum ifl** des Leibniz-Instituts für Länderkunde dient der zeitnahen Publikation von Erkenntnissen aus Forschungsprojekten des IfL, der Dokumentation von Veranstaltungen sowie der Veröffentlichung von aktuellen Datenanalysen. Ziel ist es, den Austausch unter Fachwissenschaftlern und den Wissenstransfer in die Praxis zu fördern. Die Beiträge werden in einem einfachen, internen Verfahren begutachtet und geben die Ansichten der Autoren wieder, die nicht unbedingt mit denen des IfL gleichzusetzen sind.

Impressum

Verlag: Selbstverlag Leibniz-Institut für Länderkunde e. V.
Schongauerstraße 9, 04328 Leipzig
Tel.: +49 341 600 55-141
Fax: +49 341 600 55-198
E_Mueller@ifl-leipzig.de
www.ifl-leipzig.de
Redaktion: Frank Meyer, Judith Miggelbrink, Adina Landsmann
Satz: Frank Meyer

© 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-86082-099-5
http://www.ifl-leipzig.de/de/publikationen/zeitschriften-und-reihen/forum-ifl.html

Inhaltsverzeichnis

TEIL A: Kirchliche Strukturplanung in schrumpfenden ländlichen Räumen. Das Beispiel des Kirchenkreises Altenburger Land. ... 5

1 Leitlinien der Untersuchung ... 5

1.1 Kontext der Untersuchung ... 5

1.2 Ziele und Vorgehen ... 6

1.3 Bemerkungen zur Positionierung der Forscher_innen ... 7

1.4 Zur Rolle von Forschung in Konfliktsituationen ... 7

1.5 Zur Zielgruppe und dem Hintergrund der vorliegenden Publikation ... 8

2 Zum Prozess der kirchlichen Umstrukturierung nach der Wiedervereinigung im Altenburger Land ... 9

2.1 Zur Entwicklung der evangelischen Kirche im Altenburger Land ... 9

2.2 Schrumpfung und Restrukturierung ... 10

2.3 Restrukturierung und Pfarrstellenplanung ... 13

2.4 Pfarrer_innen- oder Gemeinde-Burnout? ... 17

3 Konflikthafte Restruktruierung unter Schrumpfungsbedingungen ... 24

3.1 Neuaushandlung des Rollenverständnisses zwischen Haupt- und Ehrenamt ... 24

3.2 Aspekte der Kommunikation in der (wachsenden) Fläche ... 26

3.3 Emotionen im Konfliktfall ... 29

3.4 Aufkeimender kirchgemeindlicher Aktivismus ... 32

4 Möglichkeiten des Umganges mit Schrumpfung ... 35

4.1 Kollektive Reflexion über Kirche und Gemeinschaft ... 35

4.2 Herstellung eines symmetrischen Verhältnisses von Haupt- und Ehrenamt ... 35

4.3 Kommunikation und Demokratie ... 36

4.4 Kooperation ... 37

5 Zusammenfassung der wissenschaftlichen Studie ... 38

6 Literatur ... 40

TEIL B: Situation und programmatische Konsequenzen aus der Sicht der Leitung des Evangelischen Kirchenkreises Altenburger Land ... 41

1. Die EKM im Wandel ... 41

2. Gegenwärtige Maßnahmen ... 42

3. Die Zukunft: Für eine inklusive Kirche ... 43

4. Inklusiv und Partizipativ ... 45

Herausgeber_innen und Autor_innen ... 46

TEIL A: Kirchliche Strukturplanung in schrumpfenden ländlichen Räumen. Das Beispiel des Kirchenkreises Altenburger Land.

Frank Meyer und Judith Miggelbrink

1 Leitlinien der Untersuchung

1.1 Kontext der Untersuchung

Im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojektes "Diskurs und Praktiken in schrumpfenden Regionen – Eine Untersuchung zur subjektiven Relevanz von Schrumpfungsdiskursen am Beispiel des Landkreises Altenburger Land"[1] wurde in den Jahren 2013 und 2014 die vorliegende Teilstudie zur kirchlichen Strukturplanung in schrumpfenden ländlichen Regionen durchgeführt. Das Projekt hat das Ziel, den Zusammenhang zwischen raumbezogenen diskursiven Zuschreibungen (wie z.B. Stigmatisierungen von Menschengruppen oder Regionen) und den in den betroffenen Räumen stattfindenden Praktiken herauszuarbeiten. Hierbei ist insbesondere die Frage nach der alltäglichen und subjektiven Relevanz von Schrumpfungsdiskursen innerhalb schrumpfender Regionen von Interesse. Der Landkreis Altenburger Land wurde hierbei insbesondere deswegen fokussiert, da dieser trotz seiner recht zentralen Lage zwischen mehreren Großstädten und Industrieregionen hinsichtlich seiner sozioökonomischen Kennwerte schwerwiegende Probleme hat.

Im Rahmen der ersten empirischen Phase des Forschungsprojekts und auf der Basis von Orientierungsinterviews mit Schlüsselpersonen im Landkreis Altenburger Land (z.B. Bürgermeister_innen, Streetworker_innen, Pfarrer_innen, Mitarbeiter_innen des Landratsamtes, Politiker_innen) kristallisierte sich heraus, dass die Pfarrstellenstreichungen und -vakanzen der letzten Dekade zu tiefgreifenden Konflikten in der kirchgemeindlichen als auch kommunalgemeindlichen Arbeiten führten. Personen verschiedener Milieus betonten, dass die Abnahme pastoraler Präsenz gerade in Orten mit bestehenden Defiziten in der Versorgung mit ÖPNV und Konsummöglichkeiten als eine Art „Todesstoß" gesehen wird. Dieser, so der allgemeine Tenor der Aussagen, habe weitreichende Folgen für die Wahrnehmung der Sinnhaftigkeit des eigenen Verbleibs am jeweiligen Ort, repräsentiere einen generellen Niedergang des ländlichen Raumes und sei von erheblichen Konflikten entlang der Leitlinien Ehrenamt/Hauptamt, Stadt/Land sowie weltlich/geistlich geprägt.

Unserer Entscheidung zur Durchführung einer tiefergehenden exemplarischen Teilstudie zur Strukturplanung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) im Rahmen des Gesamtprojektes im schrumpfenden ländlichen Raum wurde dabei auf allen Ebenen mit Interesse, teilweise mit Enthusiasmus begegnet. Einerseits wurde betont, dass die Erforschung der individuellen Schicksale im Gesamtzusammenhang der Restrukturierung der evangelischen Kirche im ländlichen Raum ebenso eine Leerstelle fülle wie die erstmalige Kartographierung dieser Restrukturierungen bis in die 1960er Jahre des 20. Jahrhunderts zurück. Zudem war es möglich, die vielfach intransparent wirkenden und schnell aufeinander folgenden Entscheidungen zur Stellenkürzung innerhalb des verantwortlichen Kirchenkreises zu beleuchten und für die Gemeindeglieder an der Basis nachvollziehbar zu kommunizieren.

[1] Projektleitung J. Miggelbrink, Bearbeitung F. Meyer.

1.2 Ziele und Vorgehen

Ziele dieser Teilstunde sind es, erstens, exemplarisch die damalige Dynamik der Pfarrstellenreduktion innerhalb des Kirchenkreises Altenburger Land in ihrer zeitlichen Entwicklung nachzuzeichnen und über statistische wie auch kartographische Methoden nachzuvollziehen. Zweitens sollte die Sicht der hauptamtlichen Kirchenbediensteten auf die Dynamik der Stellenreduktion im Zeitraum 2013 bis 2014 mit der Sicht der ehrenamtlichen Gemeindeglieder kontrastiert werden, um damalige und teils noch bestehende Konfliktlinien und -ursachen nachvollziehen zu können. Drittens sollten auf der lokalen Ebene die Auswirkungen dieser Konflikte wie auch die der Restrukturierungen auf die kirchgemeindliche Arbeit herausgearbeitet werden.

Die Studie geht dabei von der Annahme aus, dass sich die kirchen- und glaubensbezogenen räumlichen Praktiken durch die Änderung ihrer räumlich-territorialen Organisation ebenfalls ändern. Dabei wird nicht angenommen, dass der Kirchenkreis Altenburger Land eine Art Sonderfall ist; vielmehr sollen anhand dieses Kirchenkreises exemplarisch die Prozesse auf der Ebene der beteiligten Personen verstanden werden. Bis Ende 2014 fanden hierzu 3 Gruppendiskussionen und 14 Interviews mit Pfarrer_innen im Altenburger Land und weiteren im Verkündigungsdienst, in der Seelsorge sowie in der Verwaltung tätigen Vertreter_innen der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) statt. Zusätzlich wurden 3 Interviews sowie 7 Gruppendiskussionen mit Gemeindegliedern durchgeführt, von denen einige als Gemeindekirchenrät_innen oder in anderen Funktionen (u.a. als Lektor_innen) ehrenamtlich aktiv sind. Die Gespräche werden auszugsweise in dieser Publikation anonymisiert wiedergegeben, d.h. dass jegliche Verknüpfung zwischen Personen und den Zitaten (z.B. Ortsbezüge, Personenbezüge, Begebenheiten) entfernt wurde. Nach jedem Zitat folgt eine Quellenangabe mit der Projektinternen Chiffre und der Zeilenangabe des jeweiligen Transkripts.

Zur Nachverfolgung der Pfarrstellen- und Gemeindeentwicklung wurden statistische Daten vom Kreiskirchenamt in Gera, vom Kirchenkreis Altenburger Land sowie Pfarrertaschenbücher (1956 bis heute) mit dem Ziel einer kartographischen Darstellung ausgewertet. Von Seiten der Pfarrer_innen wurde diesbezüglich angemerkt, dass es besser wäre, die gesamten Verkündigungsstellen zu berücksichtigen und nicht nur die Pfarrstellen. Die Konzentration auf die Pfarrstellen hat aber insofern seine Berechtigung als in den Interviews immer wieder die große symbolische Bedeutung der Anwesenheit eines Pfarrers bzw. einer Pfarrerin betont wurde wie auch eine „Pfarrerzentriertheit“ in der ehemaligen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, die sich beispielsweise im folgenden Zitat äußert: „*Also ich muss ganz ehrlich sagen, ich will schon gern mal so einen Pfarrer beim Gottesdienst sehen. Immer mit einem Lektor oder so, ist für mich nicht dasselbe*“ (GD_03; Z. 123).

Im Rahmen des vorliegenden Manuskripts werden wir zunächst auf der Basis der empirischen Erhebungen und gewonnenen Daten aus den Jahren 2013 und 2014 die Rahmenbedingungen im Kirchenkreis skizzieren. Daran anschließend wird mittels der erstellten kartographischen Visualisierungen die Dynamik der Pfarrstellenausstattung seit 1960 erläutert. Auf der Basis der geführten Gruppendiskussionen und Interviews erarbeiten wird nachfolgend die entstehenden Konfliktlinien und Auswirkungen auf das kirchgemeindliche Leben in schrumpfenden ländlichen Regionen. Darauf aufbauend formulieren wir einige Empfehlungen für die Organisation kirchlicher

Praktiken in schrumpfenden Regionen. Zum Abschluss wird der seit 2014 amtierende Superintendent Herr Wegner in einem gesonderten Kapitel die programmatischen Konsequenzen aus den vergangenen Jahren ziehen.

1.3 Bemerkungen zur Positionierung der Forscher_innen

Sozialgeographische Forschung ist immer abhängig davon, wie sie Forschende und Beforschte ins Verhältnis setzt und wie sie in Praktiken verkörpertes Wissen in das eigene Wissensverständnis transformiert. Sie muss sich daher mit den Bedingungen und Interessen, „den dominanten Themen und Praktiken geographischer Wissensproduktion" auseinandersetzen (PANELLI 2008, S. 802), aber mit der notwendigen (Selbst-)Positionierung gegenüber dem Forschungsgegenstand (zur Positionalität in der Religionsgeographie vgl. HENKEL 2011). Da wir in den Gesprächen unser Interesse an persönlichen Wahrnehmungen bekundeten, war es nicht verwunderlich, dass wir umgekehrt immer wieder gefragt wurden, ob wir selbst kirchlich gebunden und engagiert seien. Einerseits ermöglicht Nicht-Wissen konkretisierende, explizierende Nachfragen. Bezüge zu biblischen Texten und Glaubensannahmen, aber auch Informationen, die gewisse Kenntnisse kirchlicher Strukturen, des liturgischen Jahres, der Segenshandlungen oder Ähnliches voraussetzen, sind dafür im Interview oft nicht unmittelbar anschlussfähig. Andererseits erleichtert ein geteilter religiöser Hintergrund bei Forschenden und Beforschten zwar zunächst das Verständnis des Gesagten, dafür erhalten theologische Differenzen zwischen den Konfessionen gelegentlich ein sehr viel stärkeres Gewicht; bei vermeintlich Verstandenem wird nicht nachgefragt, womit wiederum Möglichkeiten der Erklärung vergeben werden.

Das von uns „mitgebrachte Wissen" (SCHÖNE 2003, Abs. 44) verstehen wir – im Gegensatz zu Schöne – nicht als etwas, das „systematische Einsichten erschweren" (ebd.) würde, auch nicht als „verinnerlichte Schulmeinungen", „tradierte Vorstellungen" oder als ggf. „unzureichendes Kontextwissen" (ebd.), sondern als Teil dessen, was Wissenschaftler_innen eben mitbringen in die (künstliche) Situation des Interviews, in der sie selbst Bestandteil eines „sozialen Raum[es] sind, der durch ihre Anwesenheit konstituiert wird und der das Verhalten aller Beteiligten bestimmt" (JENSEN u. WELZER 2003, Abs. 8). In der Konsequenz lässt sich das Eingreifen in das empirische Feld durch das forschende Subjekt praktisch nicht verhindern, sondern erfordert eine bewusste und reflektierende Umgangsweise hiermit abseits möglicher Repräsentativitäts- oder Intersubjektivitätspostulate.

In den Gesprächen mit ehrenamtlich aktiven und nicht aktiven Gemeindegliedern spielte die Selbstpositionierung ebenfalls eine Rolle. Zusätzlich gab es die Erwartung, dass im Gegenzug zum Interview oder zur Gruppendiskussion Wissen z.B. über bisher nicht bekannte Details zu Fusions- und Stellenplanfragen weitergegeben werden könne. Dies hing wohl nicht zuletzt mit einer Wahrnehmung von Intransparenz in der Aushandlung kirchlicher Schrumpfungsprozesse zusammen. In diesen erschienen wir als mögliche zusätzliche Informationsquelle. In der Konsequenz waren wir durchaus zu dieser Art Wissenstransfer bereit, versuchten jedoch stets eine moderierende Rolle für uns zu kommunizieren und praktisch wahrzunehmen.

1.4 Zur Rolle von Forschung in Konfliktsituationen

Die Situation, die wir 2013 im Kirchenkreis Altenburger Land vorfanden, war vielfach von Enttäuschung bei allen Beteiligten – Haupt- wie Ehrenamtlichen – geprägt. Die laufenden und zukünftig

zu erwartenden Anpassungen infolge des Mitgliederschwundes und des neuen Finanzgesetzes (EKM 2011) schlugen sich in Pfarrstellenstreichungen nieder, die von den Ehrenamtlichen als Schock und bei den Hauptamtlichen als Bürde wahrgenommen wurden. Aus diesen Wahrnehmungen entstanden Spannungen. In dieser Situation waren wir nicht nur Beobachter – wir wurden auch beobachtet: In Abhängigkeit davon, mit wem wir uns trafen und mit wem wir sprachen, wurde unsere Arbeit als womöglich parteiisch wahrgenommen und es kostete viel Zeit, unser Anliegen – der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn aus der Sicht der Grundlagenforschung – stets erneut zu erklären. Die vorliegende Studie kann sich jedoch vor diesem Hintergrund nicht nur darauf beschränken, das vorhandene Konfliktfeld zu analysieren und beschreiben. Vielmehr verfolgen wir eine Art dialogischen Wissenstransfer: Das heißt, dass wir auch auf Anfragen und Interessen unserer Gesprächspartner_innen reagieren und ggf. zur positiven Veränderung des analysierten Feldes beitragen wollen.

Vor diesem Hintergrund kontaktierten wir vor der Veröffentlichung des vorliegenden Heftes den seit 2014 amtierenden Superintendent Herrn Michael Wegner und informierten ihn über die anstehende Veröffentlichung der Studie. In der Zwischenzeit wurde natürlich auch seitens der Landeskirche und des Kirchenkreises die sich rapide verändernde Situation kritisch betrachtet und programmatische und grundlegende Leitlinien des zukünftigen Handelns aufgestellt. Da eine Studie, deren Ergebnisse sich auf einen vergangenen Zeitpunkt beziehen, und die zudem insbesondere konflikthafte Neuaushandlungen fokussiert, gegebenenfalls positive Entwicklungen blockieren kann, kamen wir gemeinsam mit Herr Wegner – überein, dass die Ergebnisse der Studie zugleich in der Veröffentlichung zukunftsorientiert weiterverarbeitet werden sollten. Insofern haben wir Herr Wegner die Möglichkeit gegeben, zur Neuausrichtung regionaler kirchlicher Planungspolitik als Konsequenz aus den jüngsten Herausforderungen Stellung zu nehmen.

1.5 Zur Zielgruppe und dem Hintergrund der vorliegenden Publikation

Das vorliegende Heft soll – auf der Grundlage bisher in wissenschaftlichen Zeitschriften und für ein wissenschaftliches Publikum unpublizierter Projektergebnisse – über die derzeitige Lage im Kirchenkreis Altenburger Land aus der Sicht der Geographie informieren. Hierbei wurde insbesondere auf die Aufarbeitung von Informationen für lokal Betroffene Ehren- als auch Hauptamtliche geachtet, die zwar wissenschaftliche Laien jedoch gleichermaßen interessiert und Expert_innen in diesem Thema sowie somit die wichtigste Zielgruppe darstellen.

Insofern wird der Fokus weniger auf einer intensiven Darstellung relevanter Literatur zu Fragen der Religionsgeographie gelegt. Vielmehr sollen die umfangreichen empirischen Ergebnisse mit Bezug zur lokalen Situation ausgebreitet, interpretiert und im Zuge dessen auch für Nicht-Geograph_innen zugänglich gemacht werden.

Dieses Heft wurde in organisatorischer Abstimmung mit der Evangelischen Landeskirche in Mitteldeutschland erstellt. In inhaltlicher Hinsicht fand keine Beeinflussung statt. Erste Ergebnisse wurden auf einem Pfarrkonvent im Altenburger Land im Jahr 2013 zur Diskussion gestellt, um insbesondere die Möglichkeit zu schaffen, dass Projektergebnisse der praktischen Arbeit im Kirchenkreis dienlich sein können. Das vorliegende Heft wurde aus den für das Forschungsprojekt „Diskurs und Praktiken in schrumpfenden Regionen“ bewilligten Mitteln finanziert.

2 Zum Prozess der kirchlichen Umstrukturierung nach der Wiedervereinigung im Altenburger Land

2.1 Zur Entwicklung der evangelischen Kirche im Altenburger Land

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland entstand im Zuge einer Fusion der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen. Erstere wurde bereits 1815 im Zuge der preußischen territorialen Neuordnung nach den sog. Befreiungskriegen gebildet und hielt den Status einer selbstständigen Landeskirche 1946. Letztere hingegen entstand 1920 durch den Zusammenschluss von insgesamt acht ehemaligen Landeskirchen (darunter u.a. Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Gotha), wobei dieser Verbund vorerst Thüringer Evangelische Kirche genannt wurde (Hübner 2014: 2). Erst mit dem im Jahr 1948 erfolgten Beitritt zur Evangelischen Kirche in Deutschland, zur Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands sowie dem Lutherischen Weltbund erfolgte die bis zur jüngsten Fusion bestehende Umbenennung in Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen (vgl. www.ekmd.de).

Die evangelische Kirche im Altenburger Land unterlag zu Zeiten der DDR den gleichen Einflüssen und Entwicklungen wie die Landeskirchen in anderen Regionen der DDR. Damals noch der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen angehörig, erfuhren kirchlich Gebundene wie auch kirchliche Institutionen Repressionen und strukturelle Zwänge in unterschiedlichem Ausmaß. In Verbindung mit einer strikt anti-religiösen Staatsdoktrin (Wohlrab-Sahr/Buchardt 2011) führte dies zu einer Senkung des Anteils christlich Gläubiger in der ehemaligen DDR. Dennoch erlangten die Kirchen und ihre Vertreter_innen große Bedeutung durch ihr Engagement innerhalb der Friedens- und Reformbewegung. Auch im Altenburger Landes – so wurde es uns von ehemaligen Pfarrer_innen erzählt – waren Kirchenvertreter_innen Personen mit besonderem Vertrauensvorschuss:

> *„Ich vermute mal, die hätten uns in den Westen abgeschoben, da kam 89 dann dazwischen, da sind wir geblieben. Wir waren einfach in der Verantwortung, auch wegen der vielen Arbeitslosen und so weiter. Was denken Sie, was ich für Anrufe gekriegt habe.“* (Int_12, Z. 47)

Nach der deutschen Wiedervereinigung schlossen sich die im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR organisierten Landeskirchen wieder der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an. In der Folge – und angesichts der real gesunkenen Anteile christlich Gläubiger in den Neuen Ländern – fanden Fusionen auf landeskirchlicher Ebene statt: Auf dem Gebiet der jetzigen EKM begann der Prozess im Jahr 2000 als ein Kooperationsvertrag zwischen der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen unterzeichnet wurde: Dieser proklamierte eine zunehmende Zusammenarbeit auf übergemeindlicher Ebene sowie z.B. bei der Fortbildung der Mitarbeiter_innen (vgl. Hübner 2014: 12). Als explizites Ziel galt die nachhaltige Sicherung der Zukunftsfähigkeit und eine Effizienzsteigerung (ebd.: 13). In diesem Sinne erfolgte 2004 der Entschluss zur Bildung der Föderation Evangelischer Kirchen in

Mitteldeutschland durch die ehemals getrennten Einheiten Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen. Im Jahr 2009 wurde diese Fusion zur Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland vollendet (vgl. Hübner 2014).

Die Veränderung auf den übergeordneten Maßstabsebenen zogen auch Veränderungen im Kleinen nach sich: Aus den ehemals getrennten Superintendenturen Altenburg, Meuselwitz und Schmölln wurde nach und nach die jetzige Superintendentur bzw. der jetzige Kirchenkreis Altenburger Land (siehe Abb. 1). Damit gingen Stellenstreichungen als Einsparmaßnahmen sowie veränderte Zugehörigkeiten und Verwaltungsabläufen einher. Abbildung 1 illustriert die Situation der Pfarrstellen und der diesen Pfarrstellen zugehörigen Kirchgemeinden in territorialer Hinsicht.

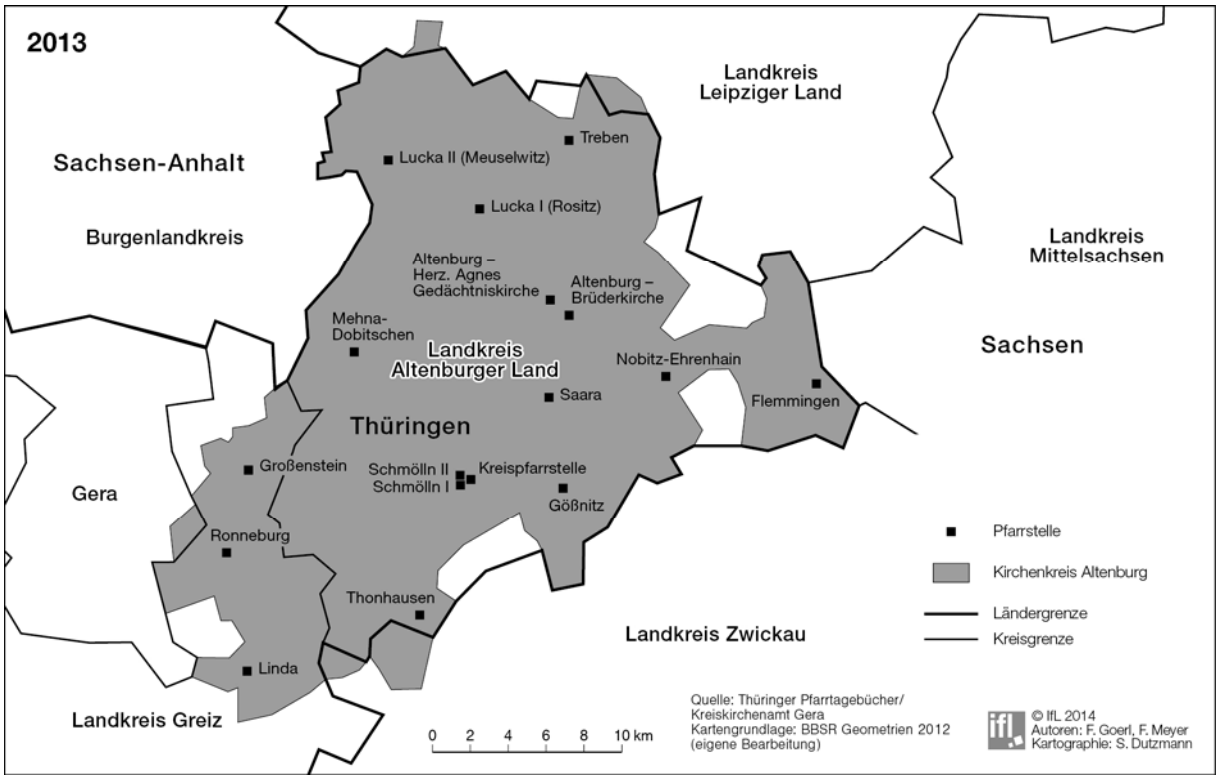

Abb. 1: Pfarrstellen im Kirchenkreis Altenburger Land im Jahr 2013

2.2 Schrumpfung und Restrukturierung

Das Altenburger Land liegt im Osten des Freistaats Thüringen und grenzt an die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Sachsen. Wie viele ostdeutsche Regionen leidet auch das Altenburger Land an Schrumpfungssymptomen wie vergleichsweise hoher Arbeitslosigkeit, einer schwachen ökonomischen Leistungsfähigkeit, schlechten Platzierungen in sog. Regionalrankings, Überalterung als auch unter der Auswanderung vor allem junger und gut ausgebildeter Menschen. Vor diesem Hintergrund steht der Kirchenkreis Altenburger Land vor einer zweifachen Herausforderung: Einerseits sinkt die Bevölkerungszahl in der Region (siehe Abb. 2), und andererseits sinkt der Anteil der (evangelischen) Christen in der gesamtdeutschen Bevölkerung. Angesichts dieser zwei strukturell dominanten Prozesse hat sich der Kirchenkreis daher gezwungen gesehen, die Verkündigungs- und insbesondere die Pfarrstellen zu reduzieren.

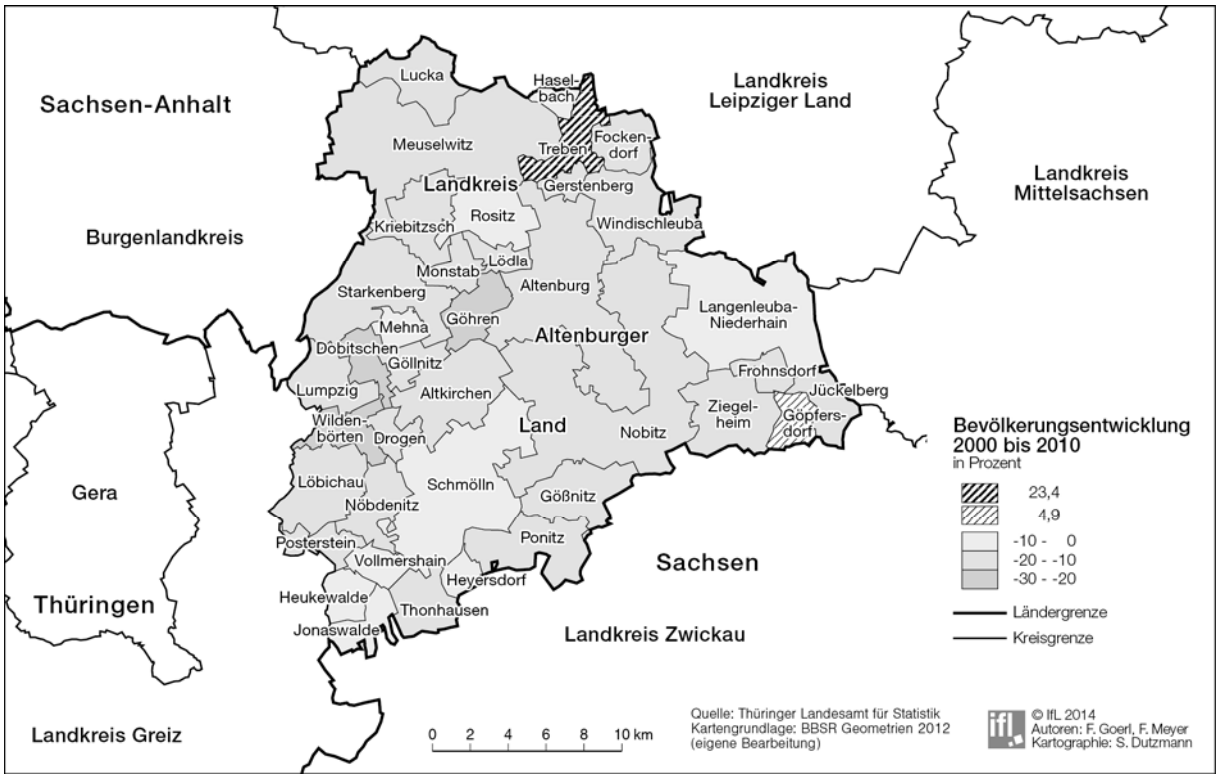

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung im Kirchenkreis Altenburger Land von 2000 bis 2010

Im Zentrum der Berechnung von Pfarrstellen im Bereich der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, die den jeweiligen Kirchenkreisen (vor 2009: Superintendenturen) zur Verfügung stehen, steht das von der Landessynode am 19.3.2011 verabschiedete „Kirchengesetz über die Finanzierung der kirchlichen Arbeit in der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (Finanzgesetz EKM – FG)“ (EKM 2011). Dieses regelt die Grundlagen der Einnahmen wie auch die Grundsätze der Verwendung der finanziellen Mittel der Landeskirche, der Kirchenkreise und Kirchgemeinden. Entscheidend für die Mittelverteilung ist die sog. Plansumme (§ 2), die sich aus Landeskirchensteuern, den Zahlungen im Rahmen des Clearingverfahrens der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), den Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs der EKD, den Staatsleistungen, sowie Zuführungen und Entnahmen aus bzw. für Rücklagen zusammensetzt. Neben ihren jeweiligen sog. Plansummenanteilen verfügen die Kirchgemeinden (§ 9) und Kirchenkreise (§ 12) über weitere Einnahmequellen, wozu u.a. Kollekten, Sammlungen, Einnahmen aus Grundvermögen, Erträge aus Pfarr- und Pachtvermögen, Gemeindebeiträge („Kirchgeld“), Kapitalerträge aber auch Spenden aller Art gehören. Aus den Plansummenanteilen des Kirchenkreises sind die Verkündigungsstellen zu finanzieren, v.a. die Stellen der Pfarrer_innen, die 60-70 % aller Verkündigungsstellen ausmachen sollen (§ 13 (2)), sowie die Superintendent_innenstelle und die pfarramtlichen Anteile der Gemeindepädagog_innen. Plansummenanteile und Anzahl der möglichen Verkündigungsstellen – der sog. Nettostellenplan – werden mittels eines Schlüssels so festgelegt, dass dem Kirchenkreis je 1.200 Gemeindegliedern, je 36.000 Einwohnern, je 22 Kirchengemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnern sowie einem Anteil von 4,6 % Gemeindegliedern je Einwohnerzahl eine Stelle zur Verfügung steht (§ 14). Das sind für das Jahr 2013 im Altenburger Land ca. 25 Stellen im Verkündigungsdienst, die zwischen Superintendent_in, dem Kreiskirchenrat und der

Kreissynode ausgehandelt und auf die Gemeindeorte verteilt werden. Diese Zahl ändert sich aufgrund tiefgreifender und anhaltender Restrukturierungen derzeit in kurzen Abständen und wurde uns für 2013 von Vertreter_innen des Kirchenkreises und der EKM so bestätigt.

Das neue Finanzgesetz ist selbst bereits eine Reaktion auf Prozesse des Schrumpfens. Die Kalkulation hängt also wesentlich von der Entwicklung der Gemeindegliederzahlen ab, die in diesem Fall stetig rückläufig ist (Kreiskirchenamt Gera 2013). Abbildung 3 zeigt exemplarisch für den relativ kurzen Zeitraum 2008 bis 2011 den bis zu 26 %-igen Rückgang in Kirchgemeinden des Kirchenkreises Altenburger Land.

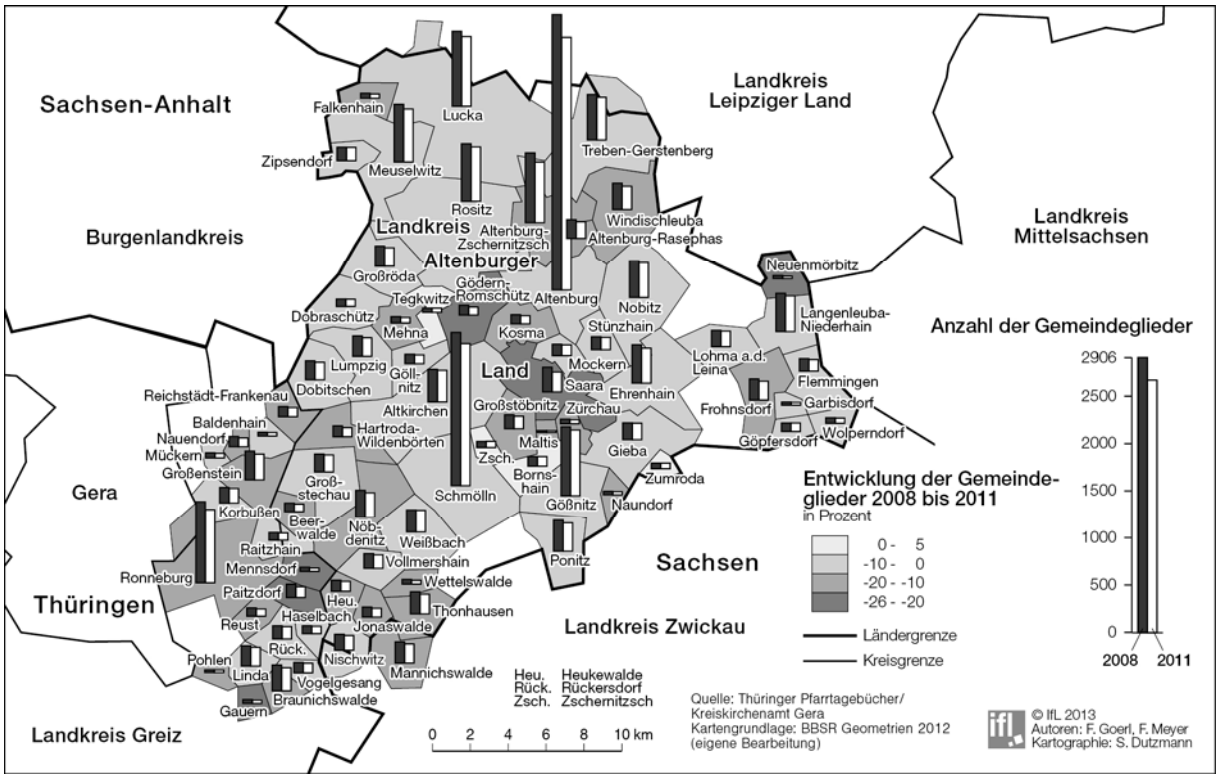

Abb. 2: Entwicklung der Gemeindeglieder des Kirchenkreises Altenburger Land zwischen 2008 und 2011

Neben der Entwicklung der Gemeindegliederzahlen fließen in die konkrete Stellenkalkulation sowie in die Zuordnung von Stellen und die Bestimmung des Dienstsitzes weitere Kriterien ein. So spielen z.B. das Alter und persönliche Entscheidungen derzeitiger Stelleninhaber_innen, der Sanierungszustand der Pfarrhäuser und der Investitionsbedarf, Distanzen zwischen Pfarrstelle und Kirchgemeinden als auch persönliche Befindlichkeiten zwischen den Pfarrstelleninhaber_innen, zwischen Pfarrstelleninhaber_in und Kirchgemeinden und zwischen verschiedenen Kirchgemeinden eine Rolle. Weiterhin scheinen Verhandlungsgeschick und die Reputation von Pfarrstellenaspirant_innen und -inhaber_innen von Bedeutung für die Entscheidung über Verbleib, Vergabe oder Streichung von Pfarrstellen zu sein. Die Bedingungen der Kalkulation sind also komplex; sie nachzuvollziehen ist schwierig und mithin erscheint auch ihre Darstellung in Zeiten rapider Änderungen annähernd unmöglich, so dass Komplexität zur praktisch wahrgenommenen Intransparenz wird, die nur mit erheblichem Aufwand durchdrungen werden kann. Eine Kirchenvertreterin schilderte das Problem:

> *„Ich kann auch nichts aus diesem Riesen-Zahlenwerk ausgliedern. [..] Also schon das überhaupt zu visualisieren, ist fast nicht zu machen. [..] Also es gibt manchmal Leute, die das dann doch genau wissen wollen. [..] Da sitzen wir ungefähr zweieinhalb Stunden, um mit einem Menschen allein, der dann wirklich mit Rede und Gegenrede sich versucht da reinzudenken. Da kommen wir dann schon ein ganzes Stück weiter. Dann gehen die Leute und sagen: „Aha, ich habe es verstanden und es ist wirklich schwierig." Aber zweieinhalb Stunden. Und das sind Leute, die können mit Zahlen umgehen. [..] Wir sind einfach überfordert. Und dann haben wir ja dieses Minus, dann haben wir den Ausgleich, dann versuchen wir da noch etwas abzupuffern und dort noch etwas abzupuffern. Und dann sagen wir vielleicht: Naja, und wenn dann mal die Übergangsfinanzierung vorbei ist und wenn wir dann mal unseren Stellenplan angeglichen haben, dann wird das alles anders. Ja, wie wird es denn? Kann ich nicht darstellen."* (Int_27, Z. 313)

Zustimmung zu politisch-planerischem und administrativem Handeln hängt aber nicht zuletzt davon ab, ob Vertrauen in dieses Handeln besteht und wie Möglichkeiten des Konsenses praktisch und kommunikativ herstellt werden. Vertrauensverluste sind oftmals auf schlechte Kommunikation zurückzuführen, während umgekehrt auf Transparenz angelegte Kommunikationspraktiken Zustimmung generieren und Effizienz erhöhen können. Zwar resultiert aus Transparenz nicht automatisch Zustimmung, denn offen gelegte Kriterien und Berechnungen können immer noch als nicht gerecht oder als auf falschen Annahmen basierend abgelehnt werden. Wahrgenommene Intransparenz und die in diese Intransparenz eingeschlossenen Entscheidungen etwa über zukünftige Nicht-Wiederbesetzungen von Stellen lösen hingegen schnell die Vermutung aus, etwas werde – z.B. aus persönlichen Interessen oder strukturellen Schieflagen – verborgen.

2.3 Restrukturierung und Pfarrstellenplanung

Hier und im Folgenden wurde aus Gründen der Nachvollziehbarkeit in den kartographischen Darstellungen zum Jahr 1960 die territoriale Einordnung in das jetzige System gewählt: Das heißt, dass trotz des Umstandes, dass es in der DDR die betreffenden Bundesländer nicht gab, haben wir die Lage der entsprechenden Region im Verhältnis zu den jetzigen Ländern dargestellt. Zudem sind die jeweiligen Pfarrstellen durch gleiche Signaturen dargestellt, obwohl sie hinsichtlich der jeweiligen Arbeitszeiteinstufungen durchaus Änderungen unterlagen (so sind z.B. zeitweilige Arbeitszeitreduktionen nicht berücksichtigt).

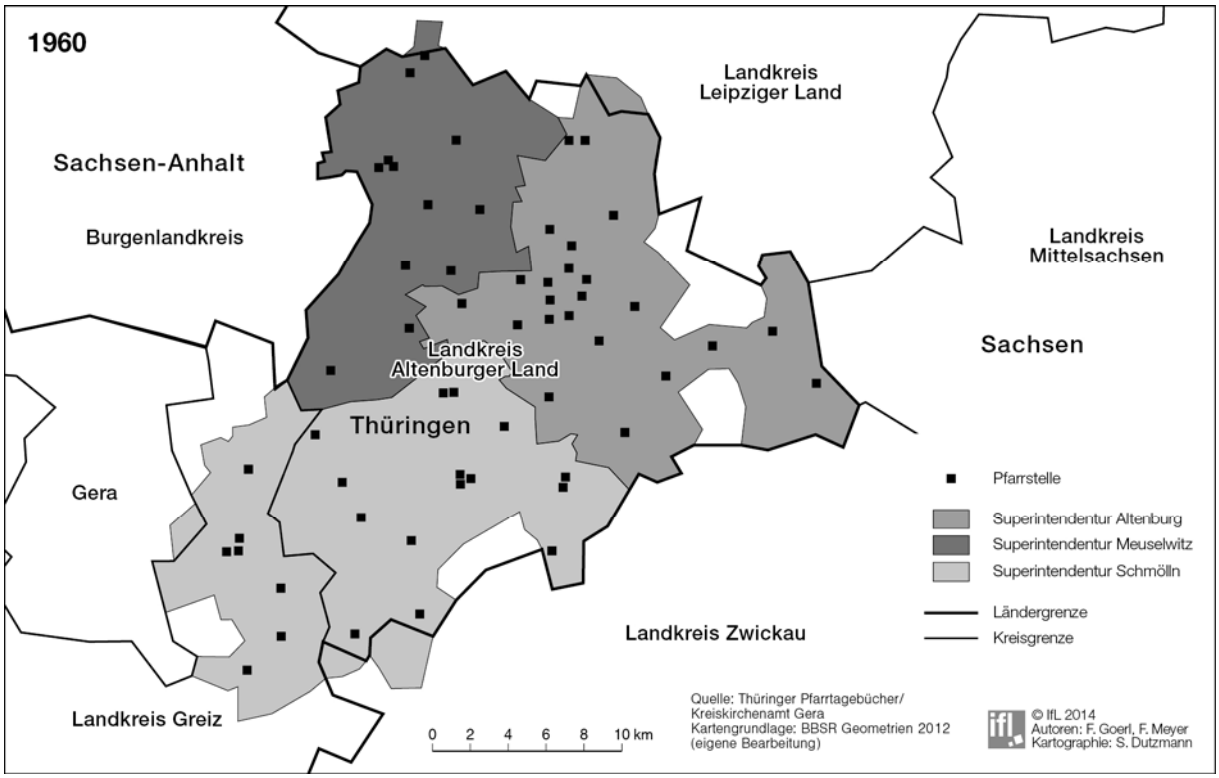

Abb. 3: Pfarrstellenverteilung im Jahr 1960

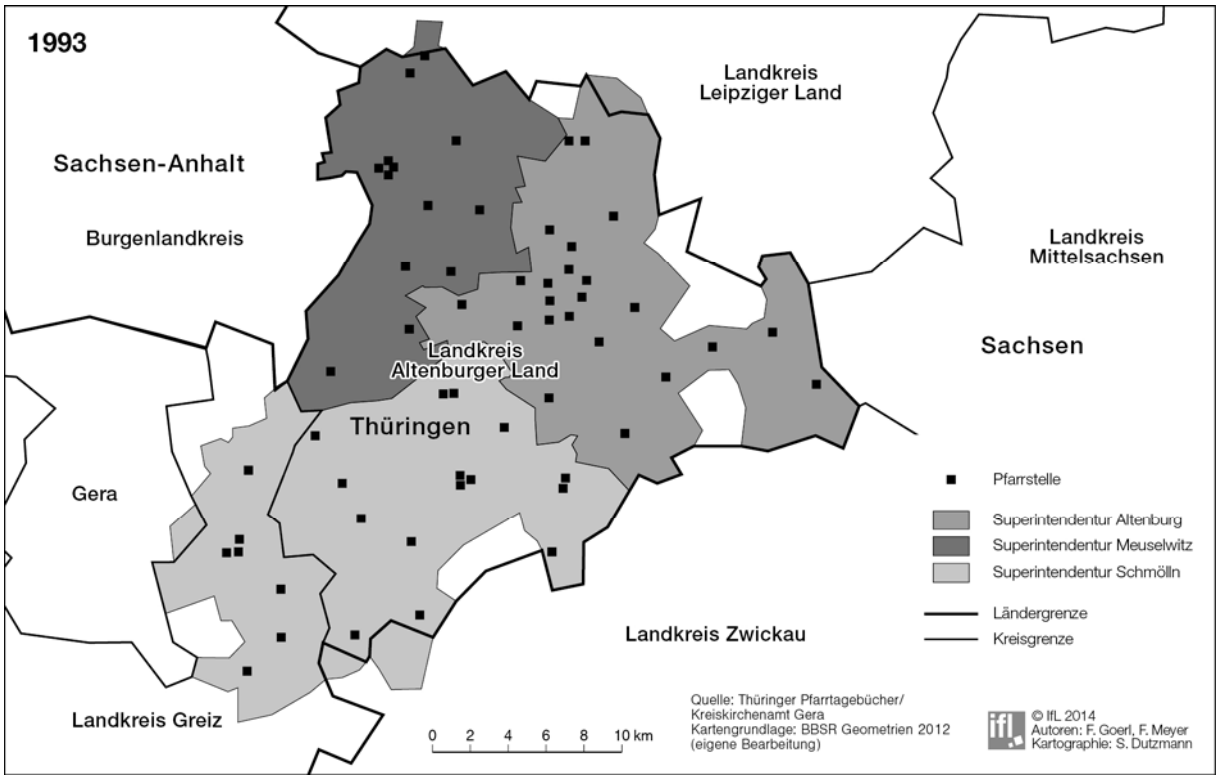

Abb. 4: Pfarrstellenverteilung im Jahr 1993

In den Abbildungen 4 und 5 ist ersichtlich, dass sich zwischen 1960 und 1993 die Anzahl der Pfarrstellen nicht veränderte hat. Dies ist bemerkenswert: Die zumeist mit über 90 % Bevölkerungsanteil angenommene Gruppe der Christen in der DDR zum Zeitpunkt der Neugründung der

beiden deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg wurde durch eine systematische staatsseitige Entfremdung in erheblichem Maße und sehr nachhaltig verringert. Dennoch hat sich die Anzahl der Pfarrstellen nicht nur nicht reduziert, sondern erhöhte sich sogar in der Region Meuselwitz bis zum Jahr 1993.

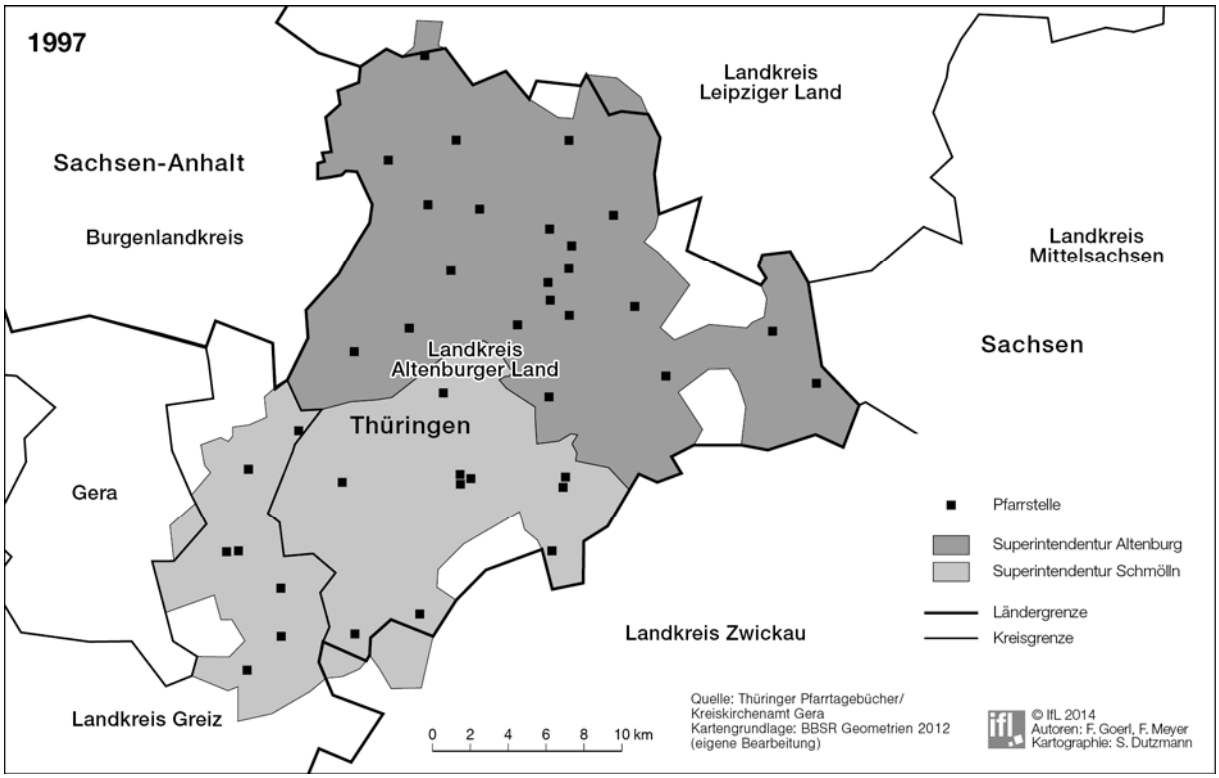

Abb. 5: Pfarrstellenverteilung im Jahr 1997

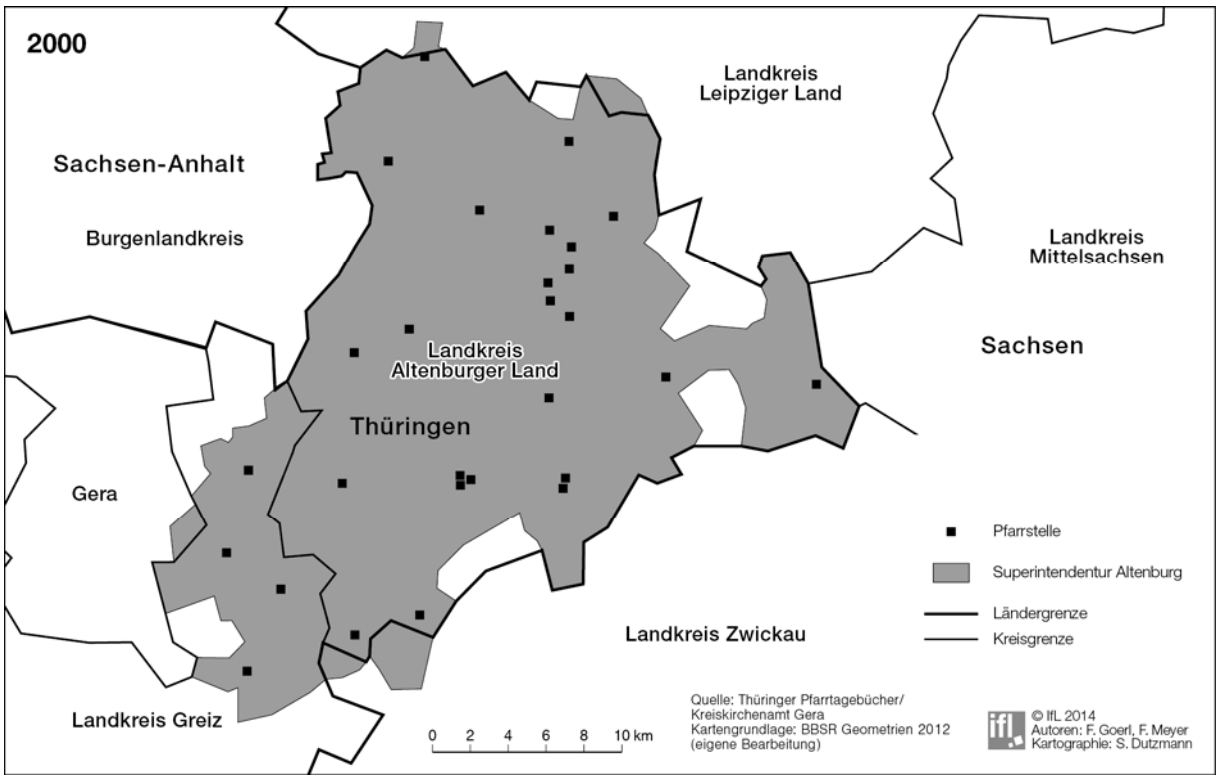

Abb. 6: Pfarrstellenverteilung im Jahr 2000

Ab Mitte der 1990er Jahre verringerten sich die Pfarrstellen deutlich. Die damit einhergehende Fusion der Superintendenturen Altenburg, Meuselwitz und Schmölln zur Superintendentur Altenburger Land erfolgte bis zum Jahr 2000 (siehe Abb. 6 und Abb. 7).

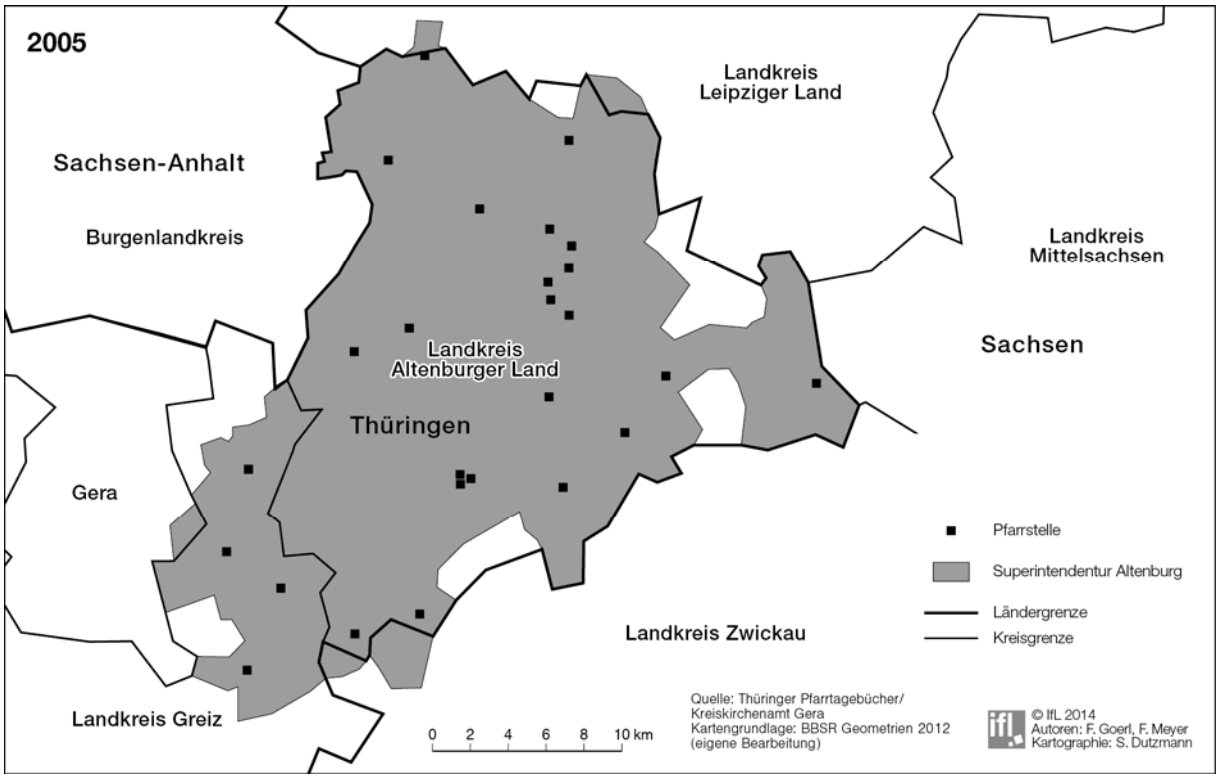

Abb. 7: Pfarrstellenverteilung im Jahr 2005

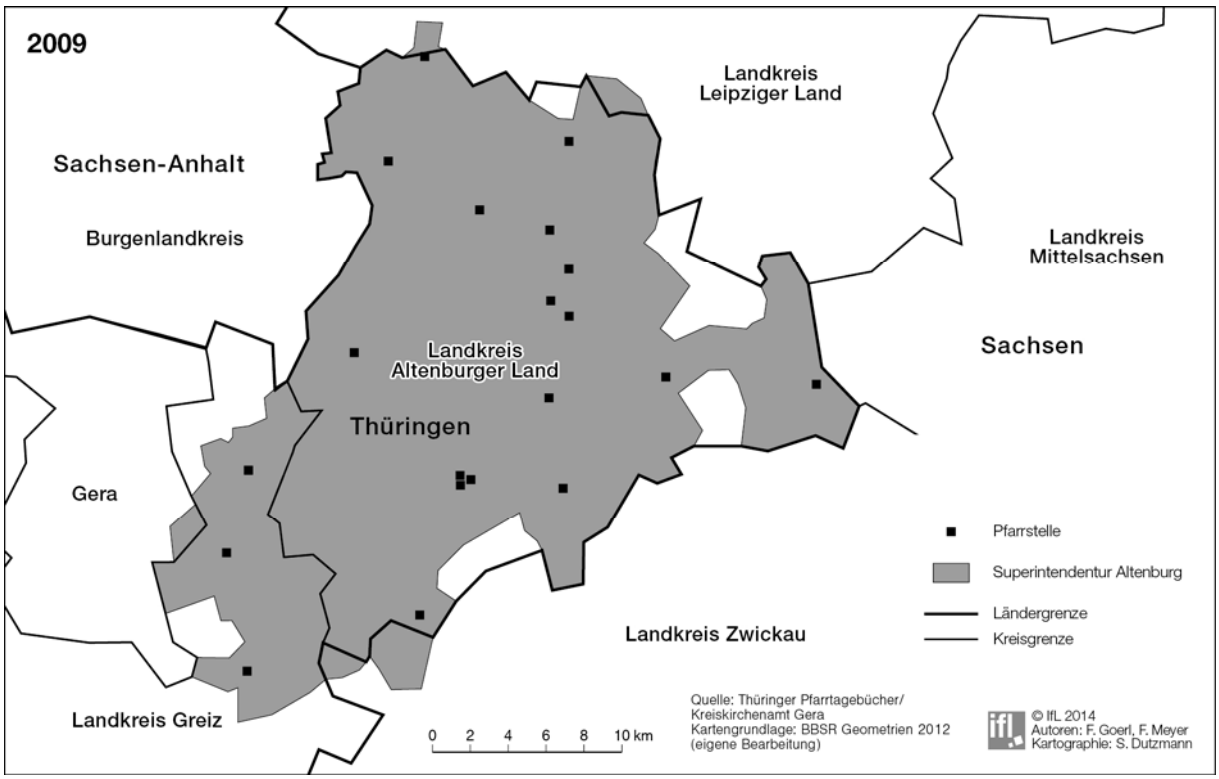

Abb. 8: Pfarrstellenverteilung im Jahr 2009

Die Abbildungen 8 und 9 illustrieren, dass der größte Teil der Pfarrstellenstreichungen in den 2000er Jahren geschah: Insbesondere der Südosten und das Gebiet in und um Altenburg waren hiervon betroffen.

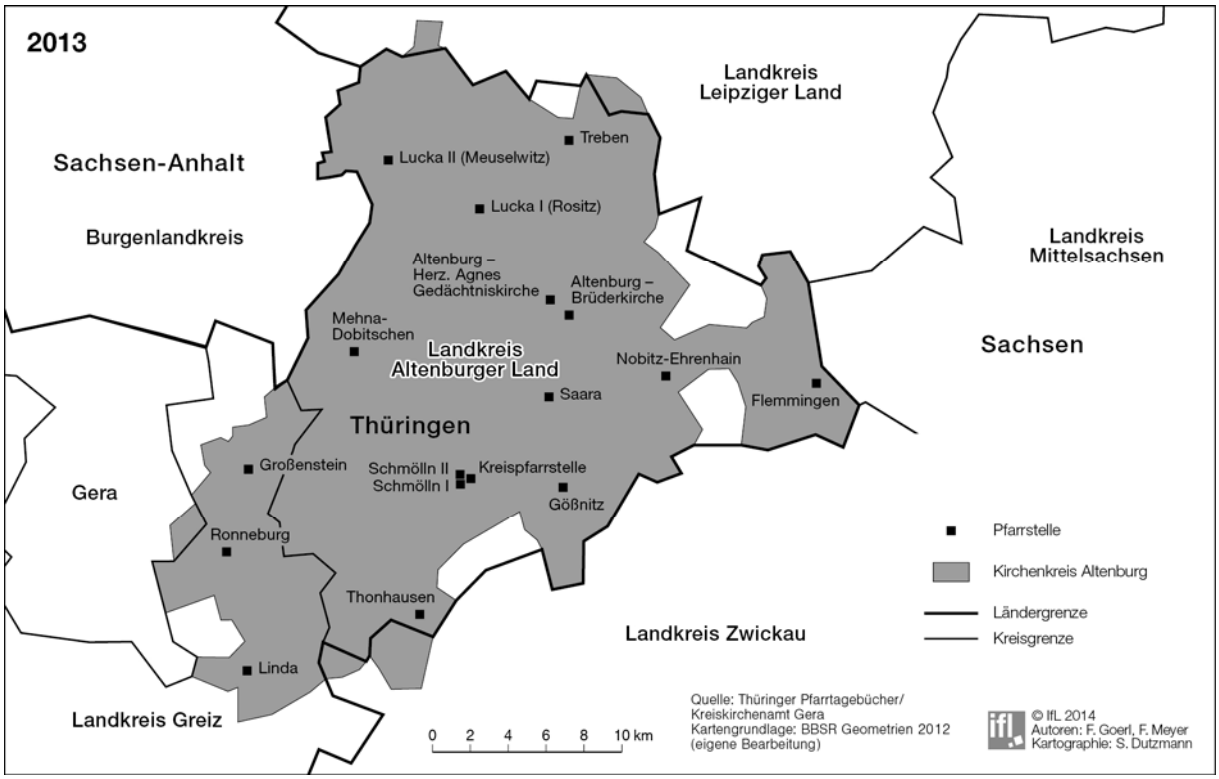

Abb. 9: Pfarrstellenverteilung im Jahr 2013

Abbildung 10 stellt die im Sommer des Jahres 2013 bestehenden Pfarrstellen dar, wobei gegenüber 2009 innerhalb Altenburgs und im Norden des Kirchenkreises Streichungen stattfanden.

2.4 Pfarrer_innen- oder Gemeinde-Burnout?

Die in den bisherigen Karten dargelegte Konzentration von Pfarrtätigkeiten auf zunehmend weniger besetzte Pfarrstellen bleibt nicht ohne Konsequenzen für das Leben und Wirken innerhalb der Kirchgemeinden als auch für das Leben und Wirken der Pfarrer_innen.

Inhaber_innen einer Pfarrstelle kümmern sich in Einzelfällen – dies ist kein neues Phänomen – auch um benachbarte Kirchen und Kirchgemeinden: Hierbei sind die Kasualien, Predigten als auch seelsorgerische Tätigkeiten genauso als Aufgaben zu nennen wie Besuche zu Festlichkeiten (der Gemeinde wie auch z.B. der Freiwilligen Feuerwehr) und Geburtstagen sowie organisatorische Aufgaben, die die Erhaltung und Instandsetzung der Gebäude betreffen, die Belegung des Friedhofs usw. Darüber hinaus gilt es als selbstverständlich, dass Pfarrer_innen für die Sorgen und Nöte der Gemeindeglieder ein offenes Ohr haben sollen. Es erscheint logisch, dass bei einer wachsenden Anzahl zu betreuender Kirchgemeinden je Pfarrstelle die für diese Handlungen zur Verfügung stehende Zeit nicht automatisch steigt. Vielmehr sinkt faktisch die Zeit für Handlungen jenseits der als zentral gesehenen sonntäglichen Gottesdienste durch vermehrte Fahrtzeiten und -wege sowie stärker notwendig werdende Absprachen. Um diesen Umstand zu illustrieren, untersuchten wir die Entwicklung der Zuordnung von Pfarrstellen und Kirchgemeinden in der Region um Saara und Gößnitz im Altenburger Land für den Zeitraum ab 1960 bis heute:

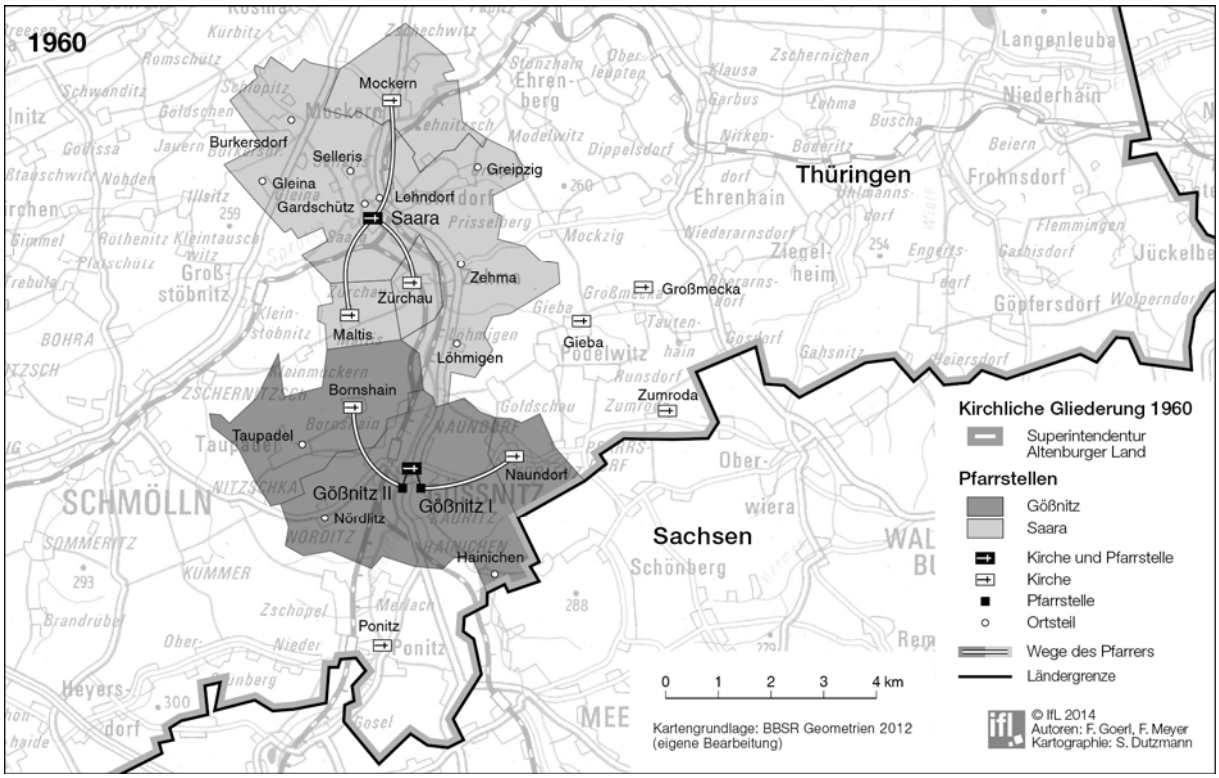

Abb. 10: Pfarrstellen Saara und Gößnitz 1960

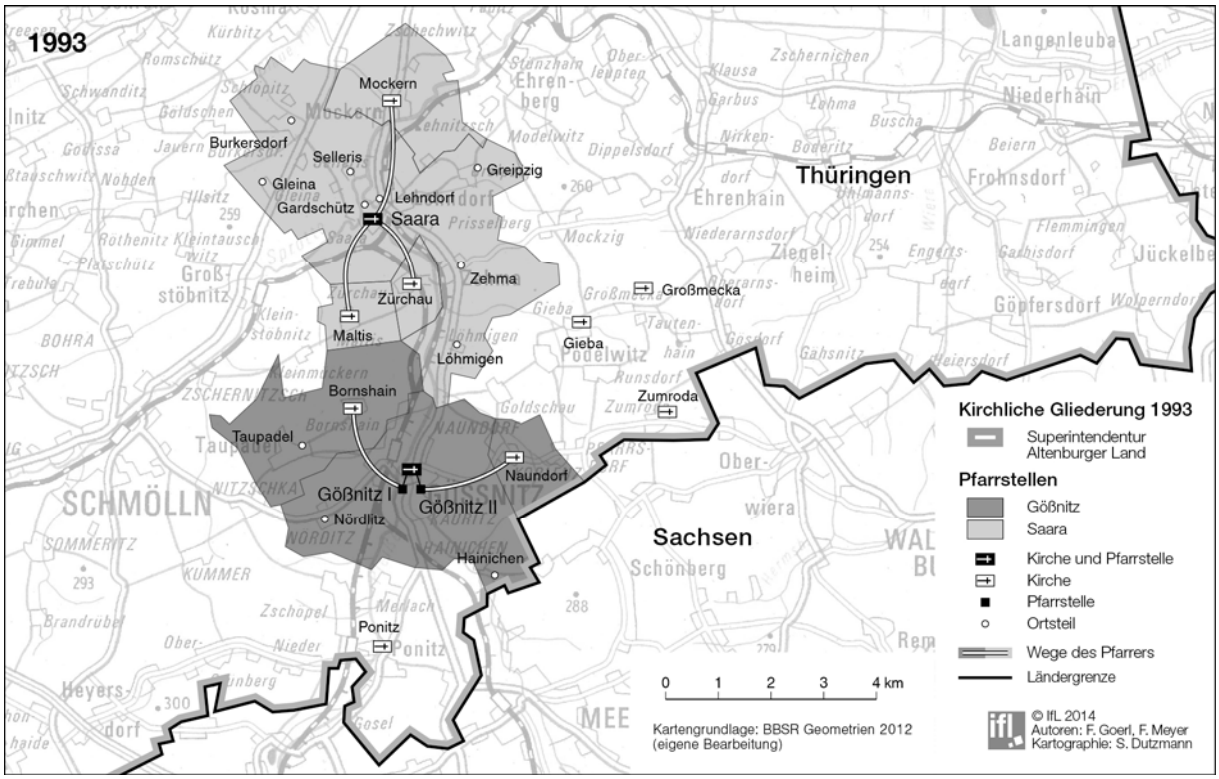

Abb. 11: Pfarrstellen Saara und Gößnitz 1993

In den Abbildungen 11 und 12 ist ersichtlich, dass sich zwischen 1960 und 1993 die Anzahl der Pfarrstellen nicht verändert hat: So blieben die Pfarrstellen in Gößnitz (Gößnitz I und Gößnitz II) und in Saara von Reduktionen verschont.

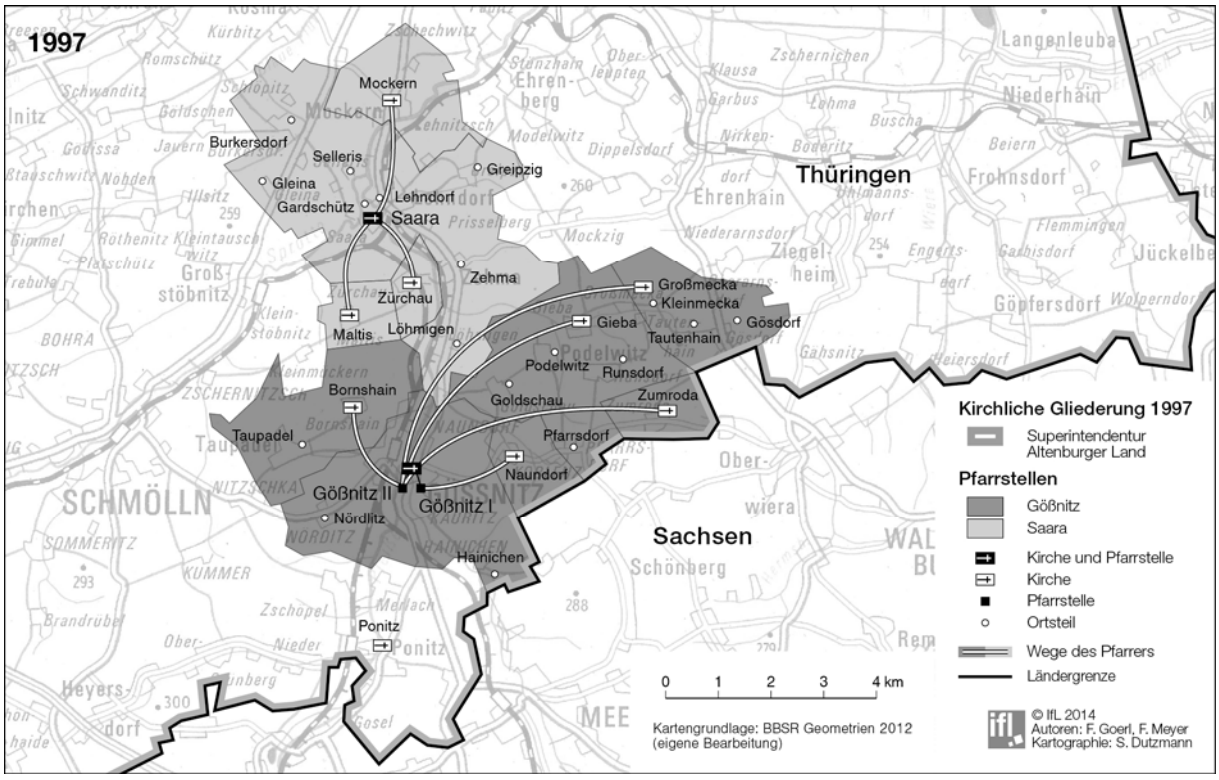

Abb. 12: Pfarrstellen Saara und Gößnitz 1997

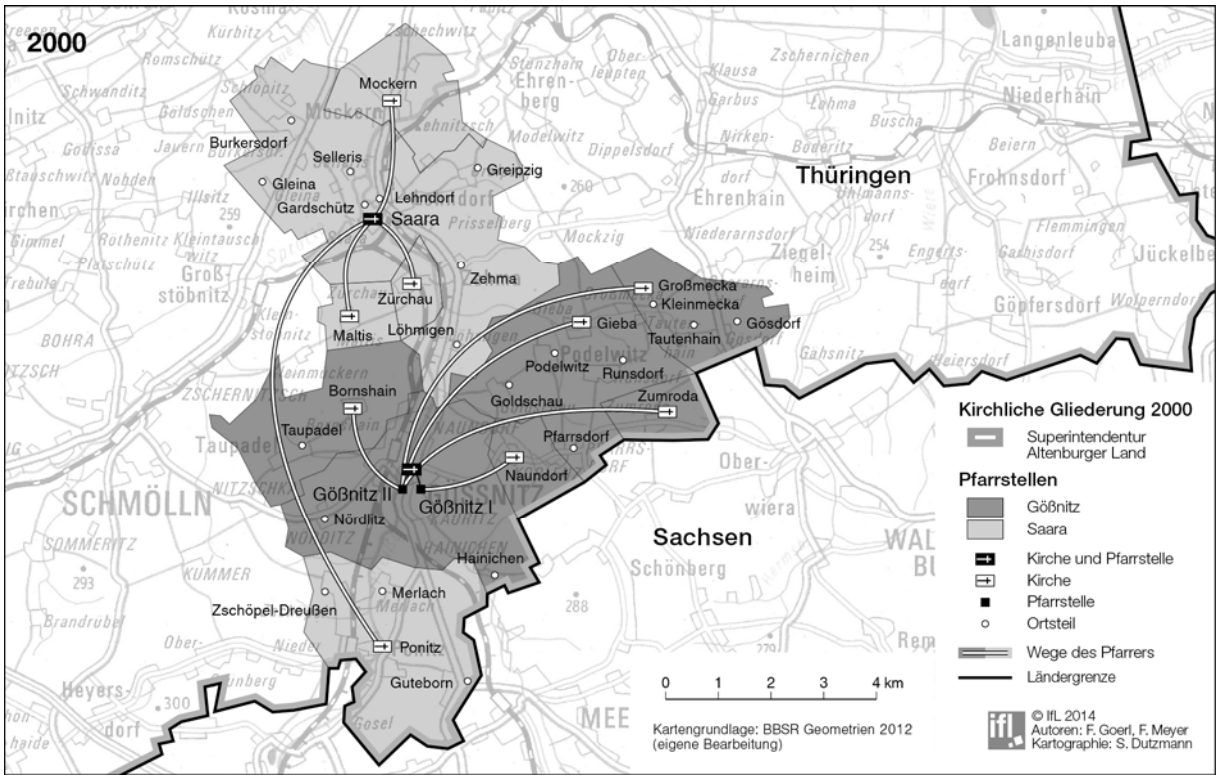

Abb. 13: Pfarrstellen Saara und Gößnitz 2000

Ende der 1990er Jahre fand eine Welle von Umstrukturierungen statt: Aufgrund sinkender Gemeindegliederzahlen – im Altenburger Land als auch in Deutschland im Allgemeinen – wurden in einem ersten Schritt die Kirchspiele Zumroda, Naundorf, Gieba und Großmecka der Pfarrstelle Gößnitz I zugewiesen (siehe Abb. 13) . In einem zweiten Schritt wurde das Kirchspiel Ponitz der

Pfarrstelle Saara zugeschlagen (siehe Abb. 14). Durch diese beiden Entscheidungen veränderte sich für die Beteiligten – Pfarrer_innen wie auch Gemeindeglieder – vieles: Da die Verantwortlichkeiten der Pfarrer_innen und damit auch die jeweiligen Dienstwege zunahmen, erfuhren die jeweiligen Kirchgemeinden Einschränkungen bezüglich der Anwesenheit von Pfarrer_innen. Darüber hinaus mussten über kirch- und kommunalgemeindliche Grenzen getrennte Gemeinschaften zusammenfinden und gemeinsame Repräsentant_innen z.B. in der Synode wählen: Ein durchaus mit Überwindung verbundener Prozess, der zudem – im Falle der Pfarrstelle Saara – mit einer territorialen Trennung von organisatorisch zusammengehörigen Einheiten verbunden war.

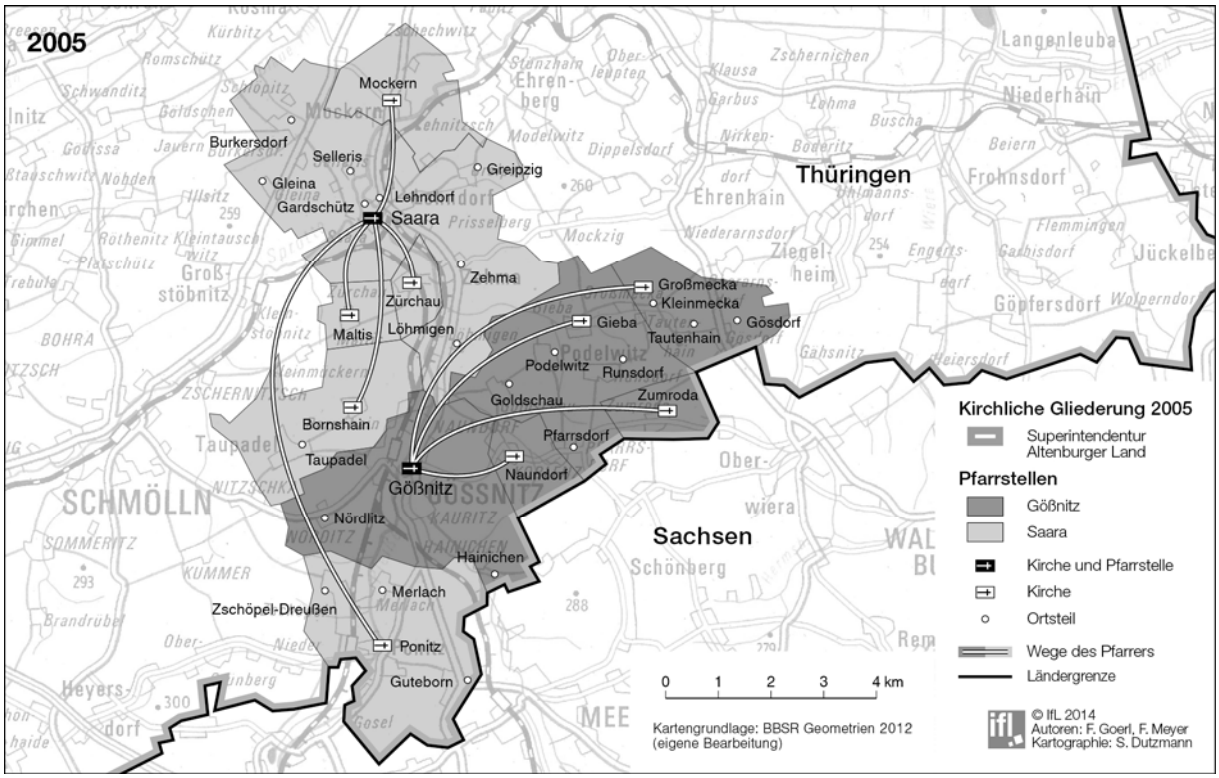

Abb. 14: Pfarrstellen Saara und Gößnitz 2005

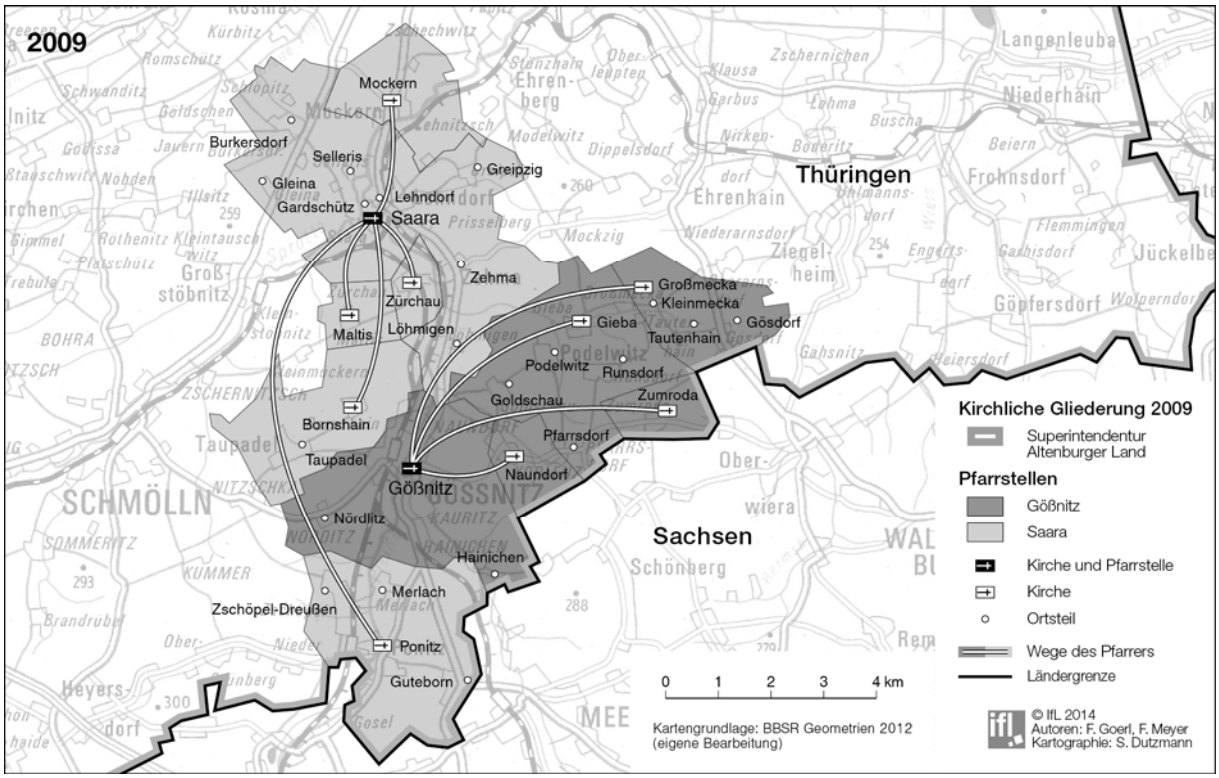

Abb. 15: Pfarrstellen Saara und Gößnitz 2009

Die 2000er Jahre waren von zwei kleinen und territorial scheinbar unbedeutenden, jedoch in ihren Auswirkungen tiefgreifenden Änderungen gekennzeichnet: Bis 2005 entfiel die eine der beiden Gößnitzer Pfarrstellen, wodurch die Fahrtwege für den verbleibenden Stelleninhaber erheblich stiegen (siehe Abb. 15). Dies wurde teilweise dadurch kompensiert, dass das Kirchspiel Bornshain der Pfarrstelle Saara zugeschlagen wurde. Somit stiegen auch hier die individuellen Belastungen. Gegen Ende der 2000er Jahre blieb es aus Umstrukturierungssicht ruhig (siehe Abb. 16).

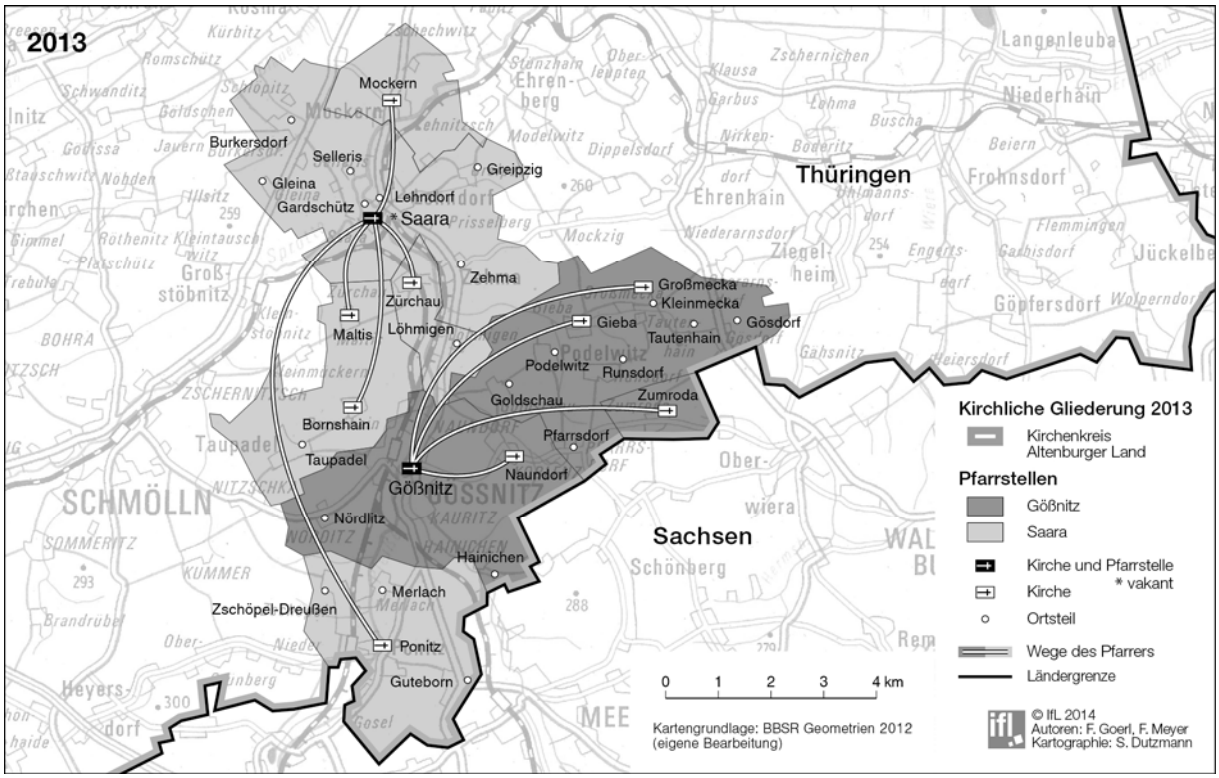

Abb. 16: Pfarrstellen Saara und Gößnitz 2013 (ohne Stellenvakanz Saara)

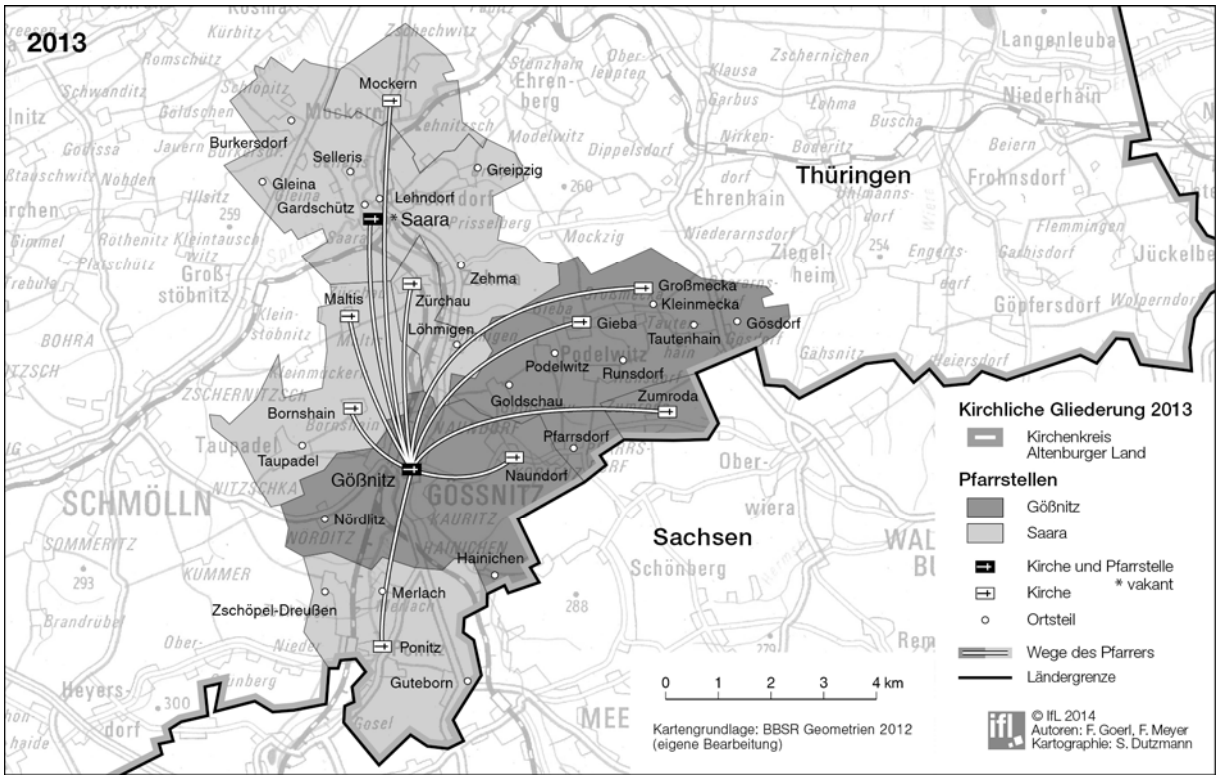

Abb. 17: Pfarrstellen Saara und Gößnitz 2013 (mit Stellenvakanz Saara)

Die am weitesten reichende Änderung der jüngsten Zeit betrifft die Pfarrstelle Saara: Im Jahr 2012 trennten sich hier die Wege von Kirchgemeinde und damaligem Pfarrer, woraufhin die Pfarrstelle

vakant blieb. Aus organisatorischer Sicht entspricht dies der in Abbildung 17 dargestellten Verteilung. Der in der Folge zwischen dem Kirchenkreis und der Kirchgemeinde entbrannte Konflikt um den Fortbestand der Pfarrstelle (und die Nutzung des Pfarrhauses) schwelte über Jahre und verhinderte eine – rechtlich verbindliche und gültige – Entscheidung über die Neubesetzung oder eine endgültige Streichung. Insofern muss Abbildung 18 als aktuell gültig angesehen werden: Die Pfarrstelle in Gößnitz übernimmt alle Pflichten und Dienste für nicht nur die ihr zugeordneten Kirchspiele, sondern auch für die Kirchspiele der Pfarrstelle Saara. Die damit verbundenen erheblichen Belastungen für die Beteiligten – Fahrtwege aber auch Tolerierung von Nicht-Verfügbarkeiten des Stelleninhabers durch Gemeindeglieder, Zusammenlegungen von Konfirmand_innengruppen und Arbeitsgemeinschaften – bleiben aktuell.

3 Konflikthafte Restruktruierung unter Schrumpfungsbedingungen

3.1 Neuaushandlung des Rollenverständnisses zwischen Haupt- und Ehrenamt

Schrumpfung ist im ländlichen Raum Ostdeutschlands – und nicht nur dort – ein weithin thematisiertes Problem, dessen Symptome alltagsweltlich in verschiedener Form wahrnehmbar sind. Damit einhergehen oftmals Empfindungen wie Ohnmacht gegenüber einem gesamtgesellschaftlichen Prozess, der die Lebensqualität in vielen Regionen nachhaltig senkt. Und obwohl – auch im Kontext kirchlicher Restrukturierung – alle Akteure hierbei betroffen sind und die sozialen Dynamiken nicht direkt beeinflussen können, dominierten in unseren Gesprächen Eindrücke, dass es doch Rollen mit mehr Gestaltunsgmöglichkeiten geben müsse. Gerade aus der Sicht der Gemeindekirchenräte und ehrenamtlichen Gemeindeglieder wird der aus Ohnmachtsempfinden resultierende Eindruck artikuliert, dass bestimmte Akteure es in der Hand haben müssten, „etwas zu tun". Diese Gegenüberstellung von passiven und aktiven Rollen orientiert sich oft an der Differenz „hauptamtliche Angestellte" versus „ehrenamtliche und andere Gemeindeglieder". Gerade die letztere Gruppe sieht sich dabei weitgehend als Opfer von Handlungen, die ihnen aus ihrer Sicht nicht nur keinen Raum lassen für Partizipation und eigenen Gestaltungswillen, sondern darüber hinaus auch keine Möglichkeit zur (sachkundigen) Kritik. Darüber hinaus formiert sich in der Folge das Gefühl der Überforderung infolge der Wahrnehmung des Allein-gelassen-werdens. Darin wird eine Zurückweisung gesehen, die das eigene ehrenamtliche Engagement und den dahinter stehenden Idealismus nicht zu würdigen wisse. Ein Gemeindekirchenrat erboste sich beispielsweise mit den Worten, dass es unerhört sei, „*wenn die sich dann hinstellen, und [...] sich für unsere Kritik persönlich auf den Schlips getreten fühlen [...]; wir sitzen auch in unserer Freizeit da, ja was denken die, was wir hier machen?*" (Gd_03, Z. 185)

Seitens der von den Stellenstreichungen betroffenen Gemeindeglieder werden Ursachen für bestimmte Stellenstreichungen vermutet, die – irgendwie ungreifbar – im Hintergrund bleiben: Es wird in der Regel eine als anonym empfundene Bürokratie verantwortlich gemacht, welche nur mittels Pauschalgrößen Personal- und Versorgungsstrukturen schaffe. Diese Strukturen werden insofern kritisch gesehen, als dass sie die Situation vor Ort fremd zu bestimmen scheinen, wodurch sich wiederum die evangelische Kirche von den lokalen Verhältnissen – den Gemeindegliedern und ihrer Arbeit – selbst entfremde. Die Pfarrer_innen vor Ort werden oftmals eben dieser Bürokratie zugerechnet, obwohl auch sie Betroffene sind, da sich die Bedingungen ihrer Arbeit grundlegend ändern müssen. Gleichzeitig wird aber ihre abnehmende Zahl als Indiz dafür genommen, dass die begrenzten Finanzmittel zu einem wachsenden Anteil für nicht-lokale Zwecke – also auch nicht für die Finanzierung einer Pfarrstelle vor Ort – eingesetzt würden.

Hier entzündet sich ein weiterer – mutmaßlich sehr viel schwerwiegenderer – Konflikt, der die innerkirchliche Solidarität zwischen den Instanzen unterminiert: Als Grund für die Stellenstreichungen wird wiederholt angeführt, dass diese auch der seit der deutschen Wiedervereinigung sehr viel besseren Bezahlung der Pfarrer_innen und übrigen Hauptamtlichen geschuldet seien. Als deren Folge müssten nun wiederum die Gläubigen selbst nicht nur eine Verschlechterung der lokalen Situation erdulden, sondern geraten gleichzeitig in die Rolle, ehrenamtlich Strukturen erhalten oder aufbauen zu müssen, die kalkulatorisch bereits abgeschrieben wurden. Eine Gemeindekirchenrätin formulierte es besonders drastisch als Flucht vor dem Untergang:

> *„Ich denke, dass Altenburg vielleicht soweit runtergewirtschaftet ist, dass vielleicht gar keiner richtig da Interesse dran hat, diesen Kreis wieder voranzubringen. Und jetzt ist das einfach so, die Ratten verlassen das sinkende Schiff, so habe ich den Eindruck.*" (Gd_03, Z. 187)

In diesem Zusammenhang tauchen immer wieder sehr extreme Bezeichnungen für die als ungerecht und unzureichend arbeitend wahrgenommene Institution der Kirche auf: Die „Firma Kirche", der „Moloch Kirche", die „Kirche als Prüfung" und die „Wasserköpfe" werden als Instanz kirchlicher Verwaltung deutlich abgegrenzt von einem anderen Bild von Kirche, das zwar oftmals unpräzise bleibt, jedoch anscheinend viel eher an einem als authentisch empfundenen Ideal orientiert ist. Vieles deutet darauf hin, dass zu diesem Bild von Kirche persönliche Zuwendung gehört: *„Aber mal als Seelsorger aufzutreten hier unten im Kirchgemeinderat,"* so formulierte es ein Gemeindeglied, *„denn das bräuchten wir ja alle, weil wir ja schon alle verzweifelt waren ein ganzes Jahr lang, das hat der auch nicht fertig gebracht*" (Gd_03, Z. 1331ff.). Gerade an diesem Beispiel ist ersichtlich, dass konkrete lebensweltliche Erfahrungen und Situationen, Enttäuschungen und Frustration Auslöser für die Beschwerden sind.

Kontrastiert man diese Aussagen mit den Interviews und Gruppendiskussionen mit Pfarrer_innen, wird deutlich, dass es nicht nur um Momente des Verlusts oder des (scheinbaren oder tatsächlichen) Mangels an persönlicher Wertschätzung geht, sondern dass vielleicht eine grundsätzlichere Auseinandersetzung mit den bestehenden Formen religiöser Praktiken notwendig werden könnte. So wurde von verschiedenen Seiten die Rolle und die Anziehungskraft der Freikirchen betont, welche es zu vermögen scheinen, die Sorgen der Menschen zu adressieren:

> *„Die finden immer mehr Zuhörer unter den, gerade unter den frustrierten Leuten. Das, denke ich mal, das wäre nachdenkenswert für die Kirche, die Struktur Kirche überhaupt. Weil die brauchen dann auch nicht angerannt zu kommen und zu sagen und erschrocken zu tun, wenn dann doch jemand – Freikirche ist auch Kirche – aber wenn dann jemand woanders hingeht.*" (Gd_03, Z. 725)

Eine gewisse Lockerheit im Umgang mit theologischen Differenzen in Zeiten organisatorischer Krisen zeigt sich dabei nicht nur an einer zunehmenden Wahrnehmung und Toleranz gegenüber freikirchlichen Positionen. Vielmehr hat sich in Verhältnissen, innerhalb derer Gottesdienste nicht in allen Gemeindeorten regelmäßig durchgeführt werden können, teilweise die Praxis eingebürgert, an Gottesdiensten katholischer Gemeinden teilzunehmen oder freikirchliche Angebote in Betracht zu ziehen, wenn anderweitige Gottesdienste lokal nicht angeboten werden (können). Hauptamtliche in ihrem Wissen um die derzeitige Situation – so teilten es unsere Gesprächspartner mit – nähmen dies häufig unkommentiert hin. Anhand der bisherigen Zitate erscheint es sicher, dass vor allem enttäuschte Gemeindeglieder den Blick „über den Tellerrand" hinaus wagen und gewillt sind, Inspirationen aus anderen christlichen Gemeinschaften zuzulassen. Dies wird jedoch weniger als bewusste Konfrontation mit der eigenen Kirche gesehen, als vielmehr als vermeintlich logische Konsequenz der als mangelhaft bewerteten organisatorischen Praktiken. In Frage gestellt wird damit nicht der eigene Glaube, sondern in erster Linie die Bindung an eine spezifische, institutionalisierte Form der Glaubensausübung.

3.2 Aspekte der Kommunikation in der (wachsenden) Fläche

Pfarrer_innen repräsentieren den Glauben in symbolischer und praktischer Hinsicht: Als Auslegende des Wort Gottes haben sie besonders tiefgreifendes Wissen um Glaubensfragen. Sie stellen den organisatorischen Kontakt zur kirchlichen Dachstruktur her, werden aber ebenfalls als Sprachrohr und Ohr „des lieben Herrn" im Dorf gesehen. Pfarrer_innen haben dabei aus der Sicht der Gemeindeglieder eine eigentümliche Doppelrolle: Auf der einen Seite sind sie Teil des „Molochs Kirche" und werden als dessen lokale Repräsentant_innen wahrgenommen. Auf der anderen Seite verkörpern sie aber genau jenes „knappe Gut", dessen Verknappung „von oben" oftmals kritisiert wird. Erwartungen an die Pfarrer_innen, die aus der Sicht von Gemeindegliedern ihren Beruf in erster Linie aus Berufung ergriffen haben sollten, werden oftmals an einem Idealbild – einer Norm – festgemacht. Pfarrer_innen wiederum – als Menschen in konkreten sozialen Verhältnissen – fällt es jedoch schwer, mit diesen hohen Ansprüchen gerade in Zeiten stärkerer Arbeitsbelastung umzugehen. Denn Frustration über geringe Pfarrer_innenpräsenz in Dorflagen schlägt hierbei durchaus häufig in Überlegungen um, ob Gehaltshöhen angemessen seien oder nicht:

> *„… für ihn ist es einfach nur ein Beruf, dass man Geld verdient […]. Für andere ist es eine Berufung. Und da sollte man sich mal überlegen, ob man wirklich nicht auch mal bisschen Abstriche machen könnte mit dem Geld*" (Int_22, Z. 474).

In diesem Sinne kommt die Ansicht häufig vor, dass das Ehrenamt gegenüber dem Hauptamt mit Bezahlung die authentischere Form der Glaubensausübung sei. Vor allem Gemeindeglieder, die sich zusätzlich zu ihrem Beruf ehrenamtlich engagieren und teils auch an Weiterbildungen für bestimmte verwaltungsbezogene Aspekte des kirchlichen Ehrenamts teilnehmen, reagieren sehr empfindlich auf wahrgenommene Ungerechtigkeit: So keimen oft Zweifel, ob angesichts der Belastung durch Beruf, Familie und Privatleben, vielleicht Gesundheit, Schicksalsschlägen, Finanznöte u.v.m. das teils immense Engagement für die Kirchgemeinde noch dem Aufwand entspräche, den Pfarrer_innen betreiben. Zweifelnde unterstreichen dies mit dem Hinweis auf ihr eigenes persönliches und insbesondere auch finanzielles Engagement (in Form von Kirchensteuer, Kollekte, Spende und Kirchgeld) – neben dem damit verbundenen Zeitaufwand.

Erwartungen an die Person des Pfarrers bzw. der Pfarrerin und Erwartungen an „die Kirche" werden zumeist dann nicht als erfüllt angesehen, wenn der Stelleninhaber bzw. die Stelleninhaberin nicht (mehr) als präsent wahrgenommen wird. Die permanente Verfügbarkeit gehört, wie der folgende Dialog zwischen zwei Gemeindegliedern verdeutlicht, zum Idealtypus von Pfarrer_innen und darüber hinaus auch deren Angehörigen:

> A: „*Er hatte also nur ganz bestimmte Sprechstunden in der Woche und die Frau hat auch mal zu mir gesagt, die Leute sollen sich mal nicht einbilden, sie können hier anrufen, wann sie wollen. […]*"
>
> B: „*Das ist ja eigentlich das, was einen Pfarrer ausmacht.*"
>
> A: „*Das macht den Pfarrer mit aus.*"
>
> B: „*Dass er stundenlange Bereitschaft hat.*"
>
> A: „*Ja. Dass ich sage, ich habe jetzt hier einen 40-Stunden Job und dann mach ich zu und. […] Ja, die Frau hat sich gar nicht eingebracht, das hat also den älteren Leuten auch*

nicht gefallen. [...] Es ist so, ein Pfarrer ist ja eigentlich nicht so ein Beruf wie, was weiß ich, wenn ich Fleischer werde oder so. Ein Pfarrer …"

B: „*Es ist ja was, was man aus ideeller Sicht macht, oder?*" (Int_30, Z. 297ff.)

Auch in Bezug auf die Arbeitszeiten wird der Pfarrberuf über das Berufen-Sein definiert, aus dem Verhaltenserwartungen abgeleitet werden. Der Abstand zwischen diesen Erwartungen und dem, was geleistet wird und werden kann, wächst in der Wahrnehmung beider Seiten. Denn Kürzungen von Pfarrstellen und Zusammenlegungen von Gemeinden führen auf der Seite der Pfarrer_innen fast zwangsläufig zu einer abnehmenden Präsenz an einem Ort, da im Laufe einer Woche nun mehr Orte innerhalb des Amtsbezirks aufgesucht und zahlreiche Kleinstsiedlungen und Predigtstellen betreut werden müssen. Das, was im Rückblick selbstverständlich scheint, nämlich die alltägliche Präsenz im Dorfleben, gibt es nicht mehr. Diese muss der Pfarrer bzw. die Pfarrerin nun meist zu besonderen Gelegenheiten herstellen und auch das gelingt nicht immer, denn „*es gibt eben die freiwillige Feuerwehr da nicht im Ganzen, sondern man hat da jetzt eben vier freiwillige Feuerwehren, mit denen man vielleicht mal ein Bier trinken sollte*" (Gd_05, Z. 33). Das nicht (mehr) zu können, ist für viele unbefriedigend. Kommunikation in der Fläche in diesem Sinne bedeutet also nicht nur eine zunehmende Gesamtdistanz zwischen den Orten, sondern auch eine größere Nachfrage an Kontakten und Gesprächen, die jeweils ebenfalls Zeit beanspruchen:

„*Der Hauptaufwand in diesen Flächen ist, dass man die Kommunikation aufrechterhält. Und das ist ganz schwer zu vermitteln. Was machen Sie eigentlich den lieben langen Vormittag, wenn Sie sieben Telefonate geführt haben über die Belegungen des Friedhofs, über eine Denkmalgeschichte […]? Also die Kommunikation in der Fläche, um das Ganze irgendwie als Struktur zu erhalten, ist eine schwer vermittelbare Größe, das ist meine Erfahrung. Und die nimmt aber sehr, sehr viel Kraft und sehr, sehr viel Zeit.*" (Gd_05, Z. 17)

Den Pfarrer bzw. die Pfarrerin zu treffen, gelingt zuweilen nur noch dann, wenn an einem festgelegten Tag der Woche in der jeweiligen Gemeinde Sprechzeit ist und diese Sprechzeit mit beruflichen oder privaten Verpflichtungen vereinbar ist. Das Vor-Ort-Sein hat aber eine Bedeutung, die über die Möglichkeit zum Gespräch hinausreicht und mit einem Bedürfnis nach Mitgefühl und Anteilnahme beschrieben wird, das aus dem Zusammen-Leben entsteht. Eine Pfarrerin fasst dies wie folgt zusammen:

„*Aber die wollen, dass das Pfarrhaus bewohnt ist [...]. Und er soll uns verstehen, oder sie, mit uns leben und unsere Sorgen und so weiter kennen und nicht in irgendeiner Art und Weise über unsere Köpfe drüber weg reden, irgendetwas Schlaues, Theoretisches, was uns gar nicht tangiert und mit unserem Leben nichts zu tun hat.*" (Gd_05, Z. 85)

Damit dies aber gelingen kann – das erfolgreiche Adressieren der konkreten Lebenswelt der Gläubigen – ist wiederum Anwesenheit in dieser Lebenswelt notwendig; diese ist aber immer weniger möglich. Den Pfarrer_innen ist dieser Anspruch bewusst. Zudem bedeutet die Kürzung von Pfarrstellen auch, dass sie mehr Gottesdienste und Predigten halten müssten als bislang. Dieses Thema

ist besonders umstritten, denn von Seiten der Gemeindeglieder ist nicht nur der Arbeitsalltag eines Pfarrers im ländlichen Raum im Allgemeinen schwer nachvollziehbar, sondern auch die individuelle Beanspruchung durch den Verkündigungsdienst im Besonderen: „*Was macht er dann?*", so fragt ein Gemeindeglied rhetorisch in einer Gruppendiskussion: „*Zwei Gottesdienste am Wochenende? Und ein freies Wochenende; das wäre ein Traumjob für mich. Und ich will mal sagen, eine Predigt schreiben, da [...] muss ich mich nicht 20 Stunden lang in Trance setzen. Ich habe das gelernt, ich habe das studiert*" (Gd_03, Z. 658). Eine solche Wahrnehmung erscheint zwar auf Seiten der Pfarrer_innen grundsätzlich nachvollziehbar, aber am Kern der Aufgabe vorbeigehend. Dies beschreibt ein betroffener Pfarrer als grundlegendes Problem der Fusionierung:

> „*In der Diskussion stehe ich gerade und versuche Kirchenältesten, die uns ja eigentlich nahe stehen, aber in dem Moment dann auch wieder ganz fern sind, mir zumindest, wenn ich denen erklären muss, warum ich nur drei oder vier Gottesdienste am Sonntag schaffe und dann wirklich auch schon am Ende bin, was mein geistiges Schaffen einfach- Wir sind wahrscheinlich hier relativ schnell einig, dass das eine ziemliche Herausforderung ist, aber wenn ich mit einem Handwerker spreche und der guckt mich an und sagt: ‚Wieso schaffen Sie denn nur drei? Das sind drei Stunden. Gut, die Fahrtzeiten noch dazu, da arbeiten Sie meinetwegen vier Stunden am Sonntag. Das ist doch ein Lacher. Ich arbeite zwölf Stunden am Tag.' Aber es ist eben nicht vergleichbar.*" (Gd_05, Z. 43)

Die besondere Form der Tätigkeit von Pfarrer_innen, deren Verantwortung, aber auch deren symbolische Bedeutung für ihre Gemeinden, wird dabei oftmals offen angesprochen:

> „*Es gibt ja dieses diesen Spruch von den ‚Im Pfarrhaus brennt wieder Licht' So, ne, das irgendwie für alle im Dorf eine Erleichterung und bzw. umgekehrt, wenn da jetzt keiner mehr ist, das ist für alle irgendwie ein Verlust. Und das bedeutet eben, wie Sie sagen, das bedeutet noch lange nicht, dass jemand sich irgendwo am Gemeindeleben beteiligt, dass jemand zum Gottesdienst geht oder überhaupt irgendwas will vom Pfarrer.*" (Int_19, Z. 80)

Dennoch erfuhren wir oft, dass die Kritik an Pfarrer_innen, die hohen Ansprüche an sie von institutioneller wie auch kirchgemeindlicher Seite aber auch das Bemühen, eben diesen Ansprüchen zu genügen, auf Seiten der Pfarrer_innen zu Frustration führt. Obwohl es gerade der enge Kontakt zu den Menschen ist, der für viele Vikar_innen einen besonderen Reiz ihrer zukünftigen Berufstätigkeit ausmacht, ist diesem aber schon zunehmend Grenzen gesetzt:

> „*Aber wir können nicht ein Rollenbild erfüllen, weil auch wir [...] in und mit Strukturen leben, [...] die uns einen bestimmten Rahmen setzen. Ich habe gar nicht die Zeit, von meinen 54 Wochenarbeitsstunden 49 für Hausbesuche bereitzustellen.*" (Gd_06, Z. 24)

In den Situationsbeschreibungen der Pfarrer_innen sind wir immer wieder auf Überlegungen und konkrete Ansatzpunkte gestoßen, ob und wie die gegenwärtigen institutionellen Probleme durch neue religiöse bzw. kirchliche Praktiken gelöst werden könnten. In fast allen spielen die Laien eine

zentrale Rolle: Sie sind diejenigen, die sich aus der Sicht der Pfarrer_innen mehr in den Verkündigungsdienst einbringen müssten. Sie seien aber auch diejenigen, die diesen Abschied von der pfarrerzentrierten Kirche und ein intensiviertes Laienpredigertum akzeptieren müssten. Um umfassende Akzeptanz herzustellen, müsse man aber, so formulierte es ein Beteiligter, darauf hinarbeiten, „*dass Laien einen Gottesdienst hielten ohne Not. Sonst kommen sie nur als Notbremse und das ist negativ*" (Int_26, Z. 238). Theologisch bleiben Lektor_innen aber vielfach eine Gratwanderung, denn:

> „*der bekommt dafür auch eine Zurüstung und der ist dann allerdings auch so darauf eingestellt, dass er bitte auch Lektorenpredigten nimmt, die er sich zwar für sich wirklich dann auch erschließt, und das bedeutet schon auch, dass da eigene Erfahrungen dann auch mit einfließen sollen und die man dann auch zur Sprache bringt, aber wir unterscheiden dann nochmal zum Recht der freien Wortverkündigung.*" (Int_27, Z. 542ff.)

Auf Seiten der Gemeindeglieder sind aber selbst gut ausgebildete Lektor_innen keine wirkliche Alternative; „*Ich will*", so formulierte es ein Ehrenamtlicher, „*schon gern mal so einen Pfarrer beim Gottesdienst sehen. Immer mit einem Lektor oder so, ist für mich nicht dasselbe*" (Gd_03, Z. 123). Auch wenn gesteigertes Laienengagement nicht ausschließlich als unmittelbare Kompensation rückläufiger Hauptamtlichkeit verstanden werden soll, setzt es auf der Seite der Betroffenen zudem voraus, dass sie die Prämissen ihrer Verselbständigung teilen. Das aber ist, wie wir im Folgenden zeigen, bislang nicht der Fall.

3.3 Emotionen im Konfliktfall

Trotz des Wissens um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die zur derzeitigen Situation geführt haben, und grundsätzlicher gegenseitiger Empathiebekundungen, werden die daraus resultierenden Probleme von den Gemeindegliedern nicht als Strukturprobleme wahrgenommen, mit denen individuell umgegangen werden muss; vielmehr werden sie auf Individuen zugerechnet. Ein wesentlicher Unterschied in der Wahrnehmung des Schrumpfungsprozesses zwischen Hauptamtlichen und Laien liegt darin, dass die Bediensteten der EKM ihn als einen seit Langem absehbaren Prozess beschreiben, in dem diejenigen unvermeidlichen Strukturanpassungen an den zwischen 1949 und 1989 rapide gesunkenen Anteil evangelischer Christen an der Gesamtbevölkerung vollzogen werden, die in der DDR nicht stattgefunden hätten:

> „*Meine Meinung ist, dass die [...] Kirche [...] noch in der DDR gelebt hat und dass die Kirche, die Landeskirche, über die DDR-Zeit hinweg einen strukturellen Zustand konserviert hat, der von 1945 war. Also es ist strukturell in der DDR-Zeit im Grunde nichts passiert. Das sieht man auch daran, dass hier noch dieselbe Zahl von Pfarrstellen da war. [...] aber seit 1960, da machen die Kirchenglieder diesen Sinkflug.*" (Int_34, Z. 288ff.)

Die jetzt zu realisierenden Kürzungen entsprächen im Grunde nur dem Stand der konfessionell gebundenen Religiosität. Dieser sich realistisch gebende Blick auf die Verhältnisse werde aber, so eine Kirchenvertreterin, nur selten von den Laien geteilt. Auf der Laienseite wird dagegen ange-

nommen, dass die Stellenkürzungen weniger eine Anpassung darstellen, als vielmehr einen zirkulären Prozess in Gang setzen oder verstärken, denn „*hier entzieht sich die Kirche eigentlich die Basis, indem die immer mehr Pfarrer wegnehmen*“ (Gd_03, Z. 123). Sich selbst sehen die Laien in erster Linie als Opfer des Prozesses, die nicht über eigene Handlungskapazitäten verfügen:

> „*Ich denke aber schon, dass das auch viel mit dieser Ohnmacht zu tun hat. Also Ohnmacht, auch wirklich zu merken, die Verhältnisse sind so. Dass da Trauer mit zusammenhängt und vielleicht auch Depression und so etwas; das spielt da sicherlich mit rein*.“ (Gd_04, Z. 51)

Dieses Zitat illustriert ein erstes Deutungsmuster, mit dem Gesprächspartner_innen ihre emotionale Reaktionen auf rationale Weise erklären: Die Notwendigkeit eines Umstrukturierungsprozesses wird weitgehend akzeptiert; als wesentliches Problem wird dann die innerkirchliche Vermittlung des Konflikts zwischen Hauptamtlichen, die aufgrund ihres Status die Reformen vorantreiben und in den entsprechenden Ausschüssen und Gremien sitzen, und den Laien, die weitgehend Objekte des Reformprozessen seien, identifiziert. Eskalationen des Konflikts sind in dieser Perspektive in erster Linie einem Mangel an Transparenz und Kommunikation geschuldet. Emotionalisierungen werden dann als Folge einer ungeschickten Kommunikationspolitik gedeutet – eben jener eingangs beschriebenen Intransparenz, auf deren Boden „*das Misstrauen wächst*“ (Int_27, Z. 317).

Allerdings wird die Einsicht, dass die Verhältnisse einfach so seien, nicht von allen geteilt. Die zweite, wesentlich radikalere Deutung geht vielmehr davon aus, dass sich ein unternehmerisches Bild von Kirche durchgesetzt habe, bei dem Kirche sich gebe „*wie so ein Betrieb, der Profit machen muss*“ (Gd_03, Z. 107), und dass dies das neue „*Glaubensbekenntnis in der EKD*“ (Int_26, Z. 419) geworden sei. Die Neuordnung der Pfarrstellen werde, so ein ehemaliger Pfarrer, von einem Diskurs geformt, der Leuchttürme definiere und Mut zu weißen Flecken fordere. Dies wird oftmals dem „McKinsey-System“ entspringend und dem Wesen von Kirche widersprechend abgelehnt. In dieser Deutung ist daher das neue Finanzgesetz weniger Mittel der (notwendigen) solidarischen Neuordnung als vielmehr Ausdruck einer Logik unsolidarischer Kalkulation, Effizienz und Finanzierbarkeit.

Letztlich führe das dazu, dass der auf der institutionellen Ebene der Landeskirchen und der EKD gesehene Effizienzdiskurs mit seinen Auswirkungen auf die regionalisierte Stellenplanung in eine fehlende pastorale Präsenz vor Ort münde. Dies wird aber subjektiv oftmals nicht als eine strukturbezogene Stellenplan-Entscheidung verstanden, sondern als ein individuelles „Aus-der-Verantwortung-heraus-Stehlen“ interpretiert:

> „*Die hauptamtlich Angestellten nehmen zum Teil ihre Verantwortung nicht wahr. Das ist ein krasser Vorwurf, das weiß ich, aber ich glaube das so. Weil wenn man sich als Ehrenamtlicher verarscht und ausgenutzt fühlt, das steigert nicht gerade die Motivation.*“ (Gd_03, Z. 224)

Ehrenamtliches Engagement muss in dieser Deutung fast zwangsläufig als Kompensation für marktwirtschaftliche Effizienz erscheinen. Das individuell Befriedigende eines freiwilligen Dienstes gerät so in den Kontext des wirtschaftlich Notwendigen und wird dadurch entwertet. Als Folge

dieser Interpretation zeigen zahlreiche Ehrenamtliche Resignation und stellen ihr eigenes Engagement in Frage. Auch Konvertierung oder ein Übertritt zu den als basisnäher organisiert geltenden Freikirchen wurden in Gesprächen mit Gemeindekirchenräten als mögliche Reaktionen dargestellt.

Dabei geht es vielen – trotz mehrerer, meist sehr pointierter Äußerungen – nicht unbedingt um Verteilung an sich. Viel schwerer wiegt in den Augen lokal Engagierter der bereits zuvor angesprochene Mangel an Transparenz in Verteilungsentscheidungen, der die komplexen Aushandlungsprozesse und hochfrequenten Auswirkungen prägt. Ein Gemeindekirchenrat spitzt zu, indem er feststellt, da gehöre „*ein gegenseitiges Wahrnehmen und Anerkennen und Transparenz dazu. Wenn die Ehrenamtlichen das Gefühl haben, sie werden ausgenutzt, benutzt oder verarscht, das ist ja noch schlimmer, dann funktioniert das ganze Gebilde nicht mehr*." (GD_03; Z. 588). Gemeint sind hierbei vor allem das Gefühl, Entscheidungen, deren Auswirkungen sich unmittelbar auf Gemeindeglieder auswirken, eben von diesen Mitgliedern nicht hinsichtlich ihrer Bedingungen, Alternativen und der Entscheidenden nachvollzogen werden können.

Prinzipiell sind im System der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland gängige kirchliche demokratische Mechanismen etabliert: Landes- oder Kreissynoden als Parlamente kirchlicher Selbstverwaltung bestehen aus Entsandten aus den Kirchgemeinden. Das Funktionieren dieses Systems wird jedoch bezweifelt, v.a. bezüglich der Kreissynode, die eine Rolle beim Beschluss von Restrukturierungen im Falle des Altenburger Landes gespielt hat:

> *„Da wird keine Transparenz hergestellt. Und die sind nun da, das sind die letzten, die was wissen. Die gehen nur hin und dann kriegen die auf den Knopf gedrückt und dann heben die den Arm und stimmen dafür."* (GD_03; Z.169)

Dabei entspringt die wahrgenommene passive Rolle der Entsandten einer strukturellen Konstellation: Die Kreissynode innerhalb der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland umfasst die jeweiligen Superintendent_innen, von Gemeindekirchenräten gewählte Ehrenamtliche, Hauptamtliche sowie optional zu berufene Hauptamtliche sowie optional zwei Jugendvertreter, wobei hinsichtlich der Zusammensetzung der Synodenmitglieder die Ehrenamtlichen – und damit die zumeist Laien – stets die Mehrheit zu bilden haben (vgl. EKM 2008, Art. 39). Den Vorsitz der Kreissynode hat der Kreiskirchenrat inne, bestehend aus Superintendent_in, der jeweiligen Stellvertretung, dem Präses der Kreissynode, der Leitung des Kreiskirchenamtes sowie einer gewissen Anzahl Haupt- und Ehrenamtlicher aus der Kreissynode (EKM 2008, Art. 45). Die Synode kann dabei als gesetzgebende Instanzen hinsichtlich der Beschlussfassung für eine Vielzahl an Themenbereichen gesehen werden (z.B.: auch bezüglich des Stellenplans und des Haushalts; vgl. EKM 2008, Art. 38). Der Kreiskirchenrat fungiert wiederum als eine Art ausführendes Gremium, dem z.B. die konkrete Umsetzung bezüglich des Stellenplanes und der Vermögensverwaltung zukommt (EKM 2008, Art. 44). Beschlussvorlagen für die Synoden werden i.d.R. in Fachausschüssen vorbereitet.

Während zwar formell hierbei auf eine zumindest symmetrische Verteilung von Ehren- und Hauptamt geachtet wird, ist es jedoch unseren Gesprächspartner_innen zufolge für die beteiligten Laien oftmals schwierig, fundiert an den Sachdiskussionen teilzunehmen und dementsprechend fundierte Entscheidungen treffen zu können. Neben mehreren fallbezogenen, konkreten Unmutsbekundungen in dieser Richtung äußerte ein Pfarrer eine weitreichende Befürchtung für den Fall,

dass es für Synodenmitglieder oftmals schwer ist, die Beschlussvorlagen im Hinblick auf deren sachliche Richtigkeit zu bewerten:

> *„Dann laufen Entscheidungsprozesse ab, die eigentlich von der Verfassung nicht gedeckt sind. Die laufen dann sozusagen inoffiziell. [..] Ich will nicht sagen, dass das der Fall ist, aber ich sehe die Gefahr, dass das im Grunde so eine Art Scheindemokratie ist. Es gibt das Abstimmungsgremium und dann gibt es ein paar Leute, die die Entscheidungen dort vorbereiten, und die Synode selber ist aber nur begrenzt in der Lage, diese Geschichte überhaupt ernsthaft zu kontrollieren."* (Int_34; Z. 273)

Dieses Phänomen – so es denn diese Befürchtungen der Wahrheit entsprechen – ist kein kirchenspezifisches, da aus struktureller Sicht Ehrenamtliche nicht die gleiche Menge an Zeit für eben dieses Ehrenamt aufwenden können, wie für ihren eigenen Beruf (und etwaige weitere private Belastungen), sofern sie berufstätig sind. Die Instanzen der Teilhabe, eingedenk des Umstandes, dass diese Teilhabe institutionell möglich, individuell jedoch begrenzt ist, werden nicht bestritten. Vielmehr wird die tatsächliche Praxis der Teilhabe genauso bemängelt, wie die Kommunikation darüber. Allseits wird bemängelt, dass Verantwortlichkeiten für das Zustandekommen von Entscheidungen zwischen landeskirchlichen Vorgaben, Synodalbeschlüssen, Ausschussvorlagen und Kreiskirchenrat insofern unklar ist, als dass selbst betroffenen Pfarrern die Mechanismen nicht klar sind:

> *„Wer ist denn nun verantwortlich für die Stellenkürzung? Wenn die Kreissynode oder der Strukturausschuss sagt, wir setzen nur um, was die Landeskirche uns vorgibt, und die Landeskirche sagt, wir geben euch nicht die Stellen vor, das ist eure Entscheidung, und unten die Leute wissen auch nicht, wer da eigentlich zuständig ist."* (Int_34; Z. 280)

Wir haben diesbezüglich eine starke Ohnmacht festgestellt, sowohl bei Haupt- wie auch Ehrenamtlichen. Insbesondere der Umstand, dass gesamtgesellschaftliche Prozesse – Schrumpfung und Säkularisierung – mit einer durch die EKD und die EKM getragenen kalkulatorischen Logik zusammentreffen, erzeugt bei „Planenden" und „Beplanten" im Kirchenkreis das allseitige Gefühl, selbst nicht in einer gestaltenden Position zu sein: Hauptamtliche müssen Träger_innen von Einsparungen sein, sind jedoch auch deren Auswirkungen sowie den Vorwürfen Ehrenamtlicher ausgesetzt. Ehrenamtliche wiederum würden gerne intervenieren, sehen sich aber einerseits einer wachsenden Intransparenz ausgesetzt, die sie andererseits aufgrund der Komplexität und des schnellen Verlaufs der Anpassungsprozesse auch durch vermehrtes Engagement nicht aufklären können.

3.4 Aufkeimender kirchgemeindlicher Aktivismus

Der Einbruch profan erscheinender Logiken betriebswirtschaftlichen Kalkulierens in den Bereich der Ausübung christlichen Glaubens erzeugte bei unseren Gesprächspartnern eine Art Schock: Einerseits gestand die Mehrheit der Institution Kirche zu, dass angesichts einer gesellschaftlichen Säkularisierung und regionalen Bevölkerungsverlustes strukturelle Anpassungen vorgenommen werden müssten. Basis für dieses Zugeständnis ist einerseits die alltägliche Sichtbarkeit von Schrumpfungsprozessen, die im Wegzug von Bekannten, in ausgedünnten Konsum- und ÖPNV-

Angeboten als auch unter Mitgliederschwund leidenden Vereinsstrukturen offenbar wird. Andererseits wird oftmals die Schlussfolgerung verweigert, dass dies – finanziell begründet – in der Fläche zu weniger Verkündigungsstellen und damit zu mehr oder minder starken Einschränkungen für die Gemeindeglieder führen muss. So empört sich ein Gemeindekirchenrat:

> „*Da klafft bei uns rechnerisch noch eine Summe von 3500€ jährlich. Wie sollen wir die aufbringen? Spenden, Kollekten, Rentner anbetteln? Alles Kirchgeld, was woanders hingehört, in das Gemeindeleben, in die Reparatur der Gebäude, die Mieteinnahmen. Wir müssen dann alles, was wir haben, dafür einsetzen, die Misswirtschaft zu begleichen. Und wenn wir sagen, wir wollen bloß so viele Pfarrer, wie uns zustehen, dann wäre das vielleicht nicht mal 0,1 Pfarrer*." (GD_03; Z.117)

Mit diesen Einschränkungen einher geht jedoch oftmals auch die Forderung an die Kirchgemeinden, selbst aktiver zu werden und das Fehlen von Pfarrer_innen durch mehr Eigenständigkeit zu kompensieren. Im Angesicht stetig sinkender Pfarrstellen wird dabei insbesondere von Hauptamtlichen auf eine zentrale Begrifflichkeit evangelischer Theologie – das „Priestertum aller Gläubigen" – rekurriert, um zu betonen, wie wichtig das Engagement der Gemeindeglieder ist und bleibt:

> „*Priestertum aller Gläubigen ist das Stichwort, das evangelische Stichwort. Die Gemeinde ist an sich die Kraft und nicht das Personal. Und wenn Fragen zu klären sind vor Ort, dann muss das von Unten passieren*." (GD_05; Z. 137)

Dabei ist die Situation – ein gemeindliches Zusammenleben ohne Pfarrer_in organisieren zu müssen – jedoch für viele Kirchgemeinden bereits Realität, so dass die verbliebenen Pfarrer_innen mit größeren Einzugsgebieten und längeren Fahrtwegen und –zeiten belastet werden. Die hier recht pragmatisch geäußerte Position schlägt sich im Moment, in dem sie als unausweichlich realisiert wird, für die betroffenen Gemeindeglieder jedoch in intensiven Emotionen nieder. So wird von mehreren Gemeindekirchenräten ebenfalls betont, dass ein intensiveres Engagement auch zu Lasten der bereits anderweitig belasteten Mitglieder geht: „*Er kommt in den Gottesdienst und geht wieder. Ja aber alle anderen haben doch auch schon ihre Arbeit hinter sich*." (GD_03; Z. 598). Vor diesem Hintergrund zeichnen eben diese Personen ein hilfloses Bild der Zukunft:

> „*Aber wenn kein Licht hinten am Tunnel auftaucht, dann wird's ein bisschen duster. Dann verfällt es. Das wär sehr bitter. Denn jeder hat ja auch seine Arbeit.*" (GD_02; Z. 364)

Überraschend ist jedoch angesichts dieser vermehrten Belastungen für alle lokal Betroffenen – Hauptamtliche wie auch Ehrenamtliche –, dass es infolge oder trotz dieser Emotionen und Belastungen sowie konfligierender Diskurse darum, wie sich Kirche und Kirchgemeinden zueinander zu verhalten haben, Anzeichen eben jener geforderten Wandlung gibt:

> „*Wir hatten zwischenzeitlich das Gefühl: ‚Schmeißt alles hin!' Das war so eine Wut und so eine Frustration auch vor allen Dingen und so eine Enttäuschung, zum Glück ist die*

jetzt einem Optimismus gewichen. Aus uns heraus aber. Nur aus uns heraus. Aus uns Ehrenamtlichen raus.“ (GD_03; Z. 239)

Der Schock über die abrupte und tiefgreifende Änderung in der Verteilung der Verkündigungsstellen führt zu einem prekären, weil zusätzlich zu alltäglichen Belastungen bestehendem, Aktivismus in den Kirchgemeinden. Dieser stellt sich teils zwar trotzig den als profan gesehenen bisherigen Verteilungsregimen entgegen, füllt letztlich jedoch durchaus eine Lücke: An die Stelle der Pfarrstelle tritt zumindest im Einzelfall eine aktive „Kerngemeinde“, die aber – aus unserer Sicht – unbedingt Unterstützung bedarf.

4 Möglichkeiten des Umganges mit Schrumpfung

Aus unserer Sicht und basierend auf den zahlreichen Gesprächen mit Haupt- als auch Ehrenamtlichen gibt es eine Vielzahl von Aspekten, die bei der Entwicklung der evangelischen Kirche in schrumpfenden ländlichen Regionen eine Rolle spielen können. Im Allgemeinen lassen sich diese unter den Begriffen *Reflexion* und *Symmetrie*, sowie daraus abgeleitet *Kommunikation* und *Kooperation* zusammenfassen. Im Folgenden führen wir jene Aspekte auf, die sich in unseren Gesprächen vor Ort als wichtig erwiesen haben; teilweise leiten wir diese direkt aus Äußerungen ab, teils ergeben sich Empfehlungen aus dem Vergleich verschiedener Gesprächspartner_innen.

4.1 Kollektive Reflexion über Kirche und Gemeinschaft

Die (evangelische) Kirche im ländlichem Raum Ostdeutschland ist in weitaus schwererem Ausmaß von gesellschaftlicher Säkularisierung betroffen als andere Regionen, weil hier zusätzlich die schrumpfungsbedingte Bevölkerungsabnahme sowie die staatsseitige anti-religiöse Sozialisation älterer Bürger zur DDR-Zeit zu weitaus geringeren Anteilen christlicher Bevölkerung führten. Diese Situation wird sich auf absehbare Zeit weder umkehren noch abschwächen. Die Frage ob dies nun – wie es uns gegenüber vereinzelt geäußert wurde – ein „Gesundschrumpfen“ ist, oder ein nur temporärer Prozess, der sich bald umkehren könnte, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu beantworten und kann nur Gegenstand sehr subjektiver Interpretationen sein. Das Ausmaß des Prozesses selbst bleibt jedoch davon unberührt.

Dieser Umstand ist unter allen Umständen hinsichtlich seiner Tragweite offen zu kommunizieren und offen bezüglich der Auswirkungen auf das kirchgemeindliche Zusammenleben zu reflektieren. Insbesondere die unentwegten Fusionen von Superintendenturen bzw. Kirchenkreisen, Pfarrstellen und Kirchgemeinden in den vergangenen 20 Jahren führten dabei nicht nur zum Zwang, sich mit anderen Pfarrer_innen und Gemeindegliedern neu zu arrangieren, sondern auch mit unterschiedlichen Traditionen, z.B. was ein sehr pfarrerzentriertes bzw. eher gemeindeorientiertes Gemeindeleben in den ehemaligen getrennten Landeskirchen in Thüringen und Sachsen betrifft. Eine umfassende Aufarbeitung, was dies für die praktische Ausübung des Glaubens auf der lokalen Ebene bedeutet, ist unabdingbar.

4.2 Herstellung eines symmetrischen Verhältnisses von Haupt- und Ehrenamt

Aus wissenschaftlicher Sicht kann Religion als ein soziales System innerhalb einer Bevölkerung gesehen werden; als solches kann dieses System nicht ohne jene existieren, welche sich diesem System zugehörig fühlen. Insofern muss es der unbedingte Willen der Kirche sein, auf die mannigfaltigen Herausforderungen sozialer, ökologischer, finanzieller, privater wie auch politischer Art für die Gläubige einzugehen. Die lokale Kirchgemeinde als wichtiger Ort christlichen Lebens als auch christlicher Mission ist in ihrer Bedeutung als auch ihrer Selbstverantwortung diesbezüglich zu stärken. Die dort vorgebrachten Befindlichkeiten, Sorgen als auch Vorschläge stellen dabei nicht nur abstrakt subjektive Ansichten dar, sondern stehen oft beispielhaft für eine Vielzahl geteilter Erfahrungen mit der derzeitigen Dynamik: Die Experten in diesem Sinne sind in der Gemeinschaft aller Gläubigen zu finden.

Diese Fokussierung ist dabei nicht nur von programmatischer Art und kann darauf beschränkt werden, sich in Dokumenten auszuprägen. Vielmehr muss sich dies einerseits in prozessualen

Vorgehensweisen niederschlagen, z.B. einer Übertragung der Befugnisse von Pfarrstelleninhaber_innen auf Ehrenamtliche, und andererseits in praktischen Vorgehensweisen, z.B. in der Unterstützung von Kirchgemeinden bei ihrer Arbeit (möglichst ohne deren Arbeitsbelastung zu erhöhen). Diese Aufwertung hat dabei nicht nur eine verfahrensbezogene Dimension. Es ist darüber hinaus eine ideelle Aufwertung, um die Bande zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen stärken. Dabei kommt es nicht nur auf die allgemeine Stärkung kircheninterner Demokratie an, sondern vielmehr auf die – von innen heraus kommende – kollektive Einübung eines praktischen Verständnisses individueller und dennoch gemeinsamer Verantwortlichkeit für das Gesamtgebäude von Kirche und Glaube.

4.3 Kommunikation und Demokratie

Die zuvor erläuterte Herstellung eines symmetrischen Verhältnisses zwischen Haupt- und Ehrenamt führt dabei nur über eine demokratische, eine programmatische und eine technische Neuausrichtung von Kommunikation zwischen verschiedenen Hierarchiestufen innerhalb der Landeskirche.

Die demokratische Neuausrichtung der Kommunikation muss sich vor allem darauf konzentrieren, die komplizierten kalkulatorischen Prinzipien – die „Zahlengebäude“ – für die Synodenmitglieder in einer Weise nachvollziehbar zu machen, dass der Entscheidungsprozess allgemein getragen werden kann. Darüber hinaus, und das wurde in unseren Erhebungen offensichtlich, ist es dann möglich, dass die Synodenmitglieder ihren Heimatgemeinden alles in einer Detailliertheit erklären können und die Restrukturierungsprozess entsprechend besser nachvollzogen werden können.

Die programmatische Neuausrichtung der Kommunikation betrifft den für unsere Gesprächspartner wichtigsten Aspekt: Transparenz. Obwohl prinzipiell alle Informationen generell zugänglich waren, konnten für viele Gemeindeglieder die Entscheidungsprozesse für Stellenstreichungen nicht immer nachvollzogen werden. In Einzelfällen führte dies gerade bei tiefgreifenden Entscheidungen zu Überraschung, Wut und im schlimmsten Fall zum offenen Bruch. Die stringente Ausrichtung der Kommunikation auf Transparenz beinhaltet die konsequente Beachtung dieses Gebotes bei allen Entscheidungen.

Die technische Neuausrichtung der Kommunikation ist dabei die Konsequenz aus den erschwerten Kommunikationsbedingungen im Zuge der Restrukturierung: Je nach Kirchgemeinde existieren unterschiedlichen Wege, die einzelnen Mitglieder zu erreichen: Telefon, E-Mail und persönliche Treffen. Zudem gibt es zumeist mehrere Stationen, die Informationen passieren müssen, um alle Interessenten zu erreichen. Wir empfehlen daher, eine modernere technische Kommunikation zu ermöglichen, z.B. mittels eines zentralisierten E-Mail-Dienstes, über den grundsätzlich alle Informationen Synoden- oder Gemeindekirchenratssitzungsprotokolle gesendet werden können. Damit verbunden ist jedoch auch die Absprache dieser neuen Kommunikationsstrukturen mit den Ehrenamtlichen, um die ggf. bestehenden Einstiegshürden zu verringern bzw. alternative oder praxisnähere Lösungen zu debattieren.

4.4 Kooperation

Wir haben die Kirchgemeinden als prinzipiell offene, jedoch oftmals räumlich und kommunikativ getrennte Einheiten erlebt. Wir hörten von Modellen der Regionalpfarrämter. Wir konnten erkennen, wie sich teilweise Gemeindeglieder katholischer und evangelischer Zugehörigkeit gemeinsam in Gottesdienste setzten, da nicht genügend Verkündigungsangebote ortsnah vorhanden waren. Wir haben gesehen, wie Kirchgemeinden und freie Feuerwehren kooperieren, aber auch gehört, welche Hemmungen Gemeindeglieder haben, in den Dörfern offen über ihren Glauben zu reden. Kooperation auf verschiedenen Ebenen ist dabei in unseren Augen eine mögliche und empfehlenswerte Kompensation, um auf verschiedene Effekte der Restrukturierung zu reagieren.

Kooperation zwischen Kirchgemeinden kann zum Beispiel in Form des Erfahrungsaustausches über den Umgang mit geänderten Bedingungen, als Weitergabe von Informationen über Verfahrensweisen aber auch zum Meinungsaustausch erfolgen. Im Zuge technischer Neuerungen kann diese Möglichkeit zudem unterstützt werden.

Modelle der Kooperation zwischen Pfarrer_innen – zum Beispiel zur teilweisen gegenseitigen Übernahme von Gottesdiensten – werden womöglich erneut große Bedeutung erlangen. Auch hier können Kommunikationsstrukturen helfen, nicht nur die Zusammenarbeit zweier Pfarrer_innen, sondern aller Pfarrer_innen im Kirchenkreis zu ermöglichen.

Auch wenn es theologische und organisatorische Differenzen zwischen evangelischer und katholischer Kirche sowie den Freikirchen gibt, so existiert dennoch die Bereitschaft, über diese Differenzen unter dem Druck der Restrukturierung hinwegzusehen. Bisher haben Pfarrer_innen, innerhalb deren Einflusskreis es jene Berührungspunkte gab, dies akzeptiert ohne es zu fördern. Es sollte darüber nachgedacht werden, transparent zu debattieren, inwieweit ein solches Handeln ein gelungenes Beispiel darstellen für zukünftige Kooperationsmöglichkeiten darstellen könnte.

Letztlich kann die evangelische Kirche auch im lokalen Zusammenhang viele Alliierte finden: Schon jetzt gibt es Zusammenarbeit zwischen Kirchgemeinden und freiwilligen Feuerwehren bei Festivitäten. Ein Ausbau der Verankerung im lokalen Umfeld kann die Arbeit der Kirchgemeinden erleichtern, aber auch die von Gemeindekirchenräten durchaus geforderte missionarische Tätigkeit ermöglichen.

5 Zusammenfassung der wissenschaftlichen Studie

Die Schrumpfungsproblematik in den ländlichen Regionen Deutschlands ist zusammen mit dem demographischen Wandel und starken Urbanisierungstendenzen in Ostdeutschland in der Medienlandschaft ausführlich behandelt worden. Oftmals werden damit Abwanderung, Arbeitsplatzmangel oder ausgedünnte Infrastrukturen des Alltags – z.B. bezüglich Konsum und Mobilität – verbunden. Mittlerweile kann jedoch konstatiert werden, dass sowohl in katholischen (Erz-)Bistümern wie auch evangelischen Landeskirchen der Prozess der regionalen Bevölkerungsabnahme heiß diskutiert wird. Für den Fall kirchlicher Infrastrukturen kommt zudem der Umstand gesellschaftlicher Säkularisierung hinzu, die sich für den Fall des im östlichen Thüringen liegenden Altenburger Landes als ein ehemals der DDR angehörendes Territorium besonders schwerwiegend ausprägt: Ein so schon niedriger Anteil christlicher Bevölkerung sinkt weiterhin anteilig (durch die genannte gesellschaftliche Säkularisierung) und absolut (durch Abwanderungsprozesse). Eine regelrechte – auf finanzieller Unterstützung westdeutscher Kirchen beruhende – Konservierung kirchlicher Strukturen in der DDR, die dem sozialistischen Entchristlichungsparadigma zu trotzen schien, prallte jedoch im Zuge der deutschen Wiedervereinigung auf radikal veränderte Rahmenbedingungen.

In der Folge erfolgten spätestens ab dem Ende der 1990er in vielen ländlich geprägten Kirchenkreisen bis heute fortlaufende Anpassungsprozesse: Pfarrstellen wurden gestrichen, Kirchgemeinden zusammengelegt und in der Praxis hieß dies für die verbliebenen Gemeindeglieder: Weniger pastorale Betreuung, weniger Gottesdienste, eine höhere wahrgenommene Belastung im kirchgemeindlichen Schaffen. Gleichermaßen führten die Umbauprozesse jedoch für die verbliebenen Pfarrer_innen zu einer höheren Arbeits- und Kommunikationsbelastung: Eine Pfarrstelle, eine Gemeinde – ein längst vergangenes Verhältnis.

Im Zuge dieser tiefgreifenden territorialen wie auch alltäglich-praktischen Veränderungen erscheint es nicht überraschend, dass es zu zwischenmenschlichen Verwerfungen kam und kommt: Während der Kirchenkreis vor allem mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln kalkulieren kann, müssen sich Gemeindeglieder, die Zeit ihres Lebens von Taufe, über Heirat bis hin zu einer geplanten Beerdigung in der Heimat – durchgeführt durch ihnen vertraute Pfarrer_innen – andere Verhältnisse gewohnt waren, immer wieder schnell umorientieren. Das entstehende Dilemma zwischen dem Zwang Änderungen durchzuführen, aber dieses Maß an Änderungen in sehr kurzer Zeit nur schwer tolerieren zu können gipfelt in einer teils emotional aufgeheizten Diskussion.

Dabei werden viele vormals scheinbar fest verankerte Verhältnisse neu herausgefordert. Dazu zählen u.a.:

- Trennlinien zwischen profanen Logiken betriebswirtschaftlicher Kalkulation und kirchlichen Praktiken,
- das Selbstverständnis Ehrenamtlicher im Verhältnis zu ihrem/ihrer Pfarrer_in und
- das Verhältnis zwischen einer lokalen Glaubenspraxis und der landeskirchlichen Religionsorganisation.

Eine zusätzliche Brisanz erlangen die stattfindenden Diskussionen durch den Umstand, dass Anpassungen teils unter Zeitdruck stattzufinden haben, die lokal Beteiligten jedoch alle auch einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt sind. Zwangsläufig führt dies natürlich zu Frustration ob einer

als unausweichlich gesehenen Situation. Oftmals bemängelt werden hierbei zum Beispiel Intransparenz, mangelnde Kommunikation als auch das Gefühl mangelnder Partizipation.

Unter der Annahme, dass eine Art Ohnmacht bei den an der Planung Beteiligten als auch eine Art Opferrolle bei den Betroffenen der Planungen nicht gewollt ist, kann eine Richtungsänderung im Miteinander gelingen. Dabei geht es nicht um die illusorische Hoffnung, die gesamtgesellschaftlichen Prozesse, welche die Hauptbedingungen für derzeitige Wandlungsprozesse sind, umzukehren. Vielmehr müssen bestimmte Praktiken des Miteinanders reflektiert und angepasst werden: Neben der Organisation eines kollektiven Reflexionsprozesses über zukünftige Visionen gehören hierzu auch Anpassungen von Kommunikations- und Partizipationsstrukturen. Letztlich muss das die Kooperation innerhalb der Kirche, zwischen den Kirchen als auch z.B. auf der lokalen Ebene zwischen verschiedenen sozialen Gemeinschaften umfassen.

Ausleitend möchten wir betonen, dass die vorliegende Studie sich vor allem auf die Situation in den Jahren 2013 und 2014 bezieht, und dementsprechend hinsichtlich der Äußerungen der Gesprächspartner nicht ohne Weiteres auf die jetzige Situation bezogen werden kann. Die letztlich gescheiterte Berufung eines neuen Superintendenten und die nachfolgende Anstellung eines Interimssuperintendenten in Person von Herrn Wegner symbolisiert die Vielfalt an zwischenzeitlichen Entwicklungen, positiver wie auch negativer Natur.

Da wir mit den vorliegenden Ergebnissen nicht nur eine wissenschaftliche Perspektive auf die zurückliegenden Prozesse legen wollen, sondern gleichermaßen ein Fundament bereitstellen möchten, auf der Basis dessen zukünftige Prozesse die konfliktreichen vergangenen Entwicklungen positiv wenden können, haben wir uns bereit erklärt, Herrn Wegner – amtierender Superintendent im Altenburger Land – im vorliegenden Heft die Möglichkeit zu geben, unmittelbar Stellung zu beziehen und in der Folge eine eigene programmatische Position für sein Wirken in den kommenden Jahren zu entwickeln (siehe Teil B).

6 Literatur

EKM (2008): Verfassung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (Kirchenverfassung EKM – KVerfEKM) vom 5. Juli 2008. Lutherstadt Wittenberg.

EKM (2011): Kirchengesetz über die Finanzierung der kirchlichen Arbeit in der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (Finanzgesetz EKM – FG), 19.3.2011, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM).

HENKEL, R. (2011): Are geographers religiously unmusical? Positionalities in geographical research on religion. Erdkunde, 65, S. 389-399.

HÜBNER, H.-P. (2014): Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte: Kanonistische Abteilung, 100, 1, S. 628-653.

JENSEN, O. & H. WELZER (2003): Ein Wort gibt das andere, oder: Selbstreflexivität als Methode [58 Absätze]. Forum Qualitative SozialforschunÇ/Forum: Qualitative Social Research, 4.

SCHÖNE, H. (2003): Die teilnehmende Beobachtung als Datenerhebungsmethode in der Politikwissenschaft. Methodologische Reflexion und Werkstattbericht. Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 4.

PANELLI, R. (2008): Social geographies: encounters with Indigenous and more-than-White/Anglo geographies. Progress in Human Geography, 32, S. 801-811.

WOHLRAB-SAHR, M. &. M. BUCHARDT (2011): Vielfältige Säkularitäten. Vorschlag zu einer vergleichenden Analyse religiös-säkularer Grenzziehungen. In: Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, 7, S. 53-71.

TEIL B: Situation und programmatische Konsequenzen aus der Sicht der Leitung des Evangelischen Kirchenkreises Altenburger Land

Michael Wegner

1. Die EKM im Wandel

Es gibt kaum eine Region im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland, in der in so kurzer Zeit eine so große Vielzahl von Veränderungen, Reformen und Fusionen stattgefunden haben, wie das Gebiet der ehemaligen Evangelisch Lutherischen Landeskirche in Thüringen sie in Folge von friedlicher Revolution, Konsolidierung sowie Kooperation, Fusion und Vereinigung mit der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen erlebt hat. Es ist ein fast alle Bereiche des kirchlichen Lebens umfassender Veränderungsprozess, welcher hier bis in die aktuellen Entscheidungen seine Auswirkungen zeigt. Entscheidungsprozesse subsidiär und partizipativ zu strukturieren und die dafür notwendigen Gremien zu schaffen war eine besondere Herausforderung.

Mit dem Prozess der Verlagerung von Kompetenzen und Verantwortung auf die Ebene der Kirchenkreise wurde die Entwicklung neuer Instrumente der presbyterialen Mitwirkung notwendig. Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Kirchenkreise entstanden Mitte 1995 Kreissynoden und Kreiskirchenräte. Diese haben dann 1996 als neue Leitungsorgane die übertragene Verantwortung wahrgenommen. Rechtlich und wirtschaftlich eigenständige Kirchenkreise sind erst im Rahmen dieses Prozesses entstanden. Parallel dazu fanden Anpassungsprozesse im Bereich der Pfarrstellenplanung statt. Als ein Stabilitätsfaktor hat sich in diesem Zusammenhang die Struktur der Verwaltung der Kirchenkreise erwiesen. Die Kirchenkreisämter, als von mehreren Kirchenkreisen getragene Einrichtungen, zeigen sich als zukunftsfähige Verwaltungseinheiten.

Um sich auch gesamtkirchlich den gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen begannen 1997 Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen mit dem Ziel über Kooperation, Föderation und Fusion zu einer Vereinigten Kirche in Mitteldeutschland zu kommen. Dieser eigentlich gesondert zu betrachtende Prozess hat gerade Gemeinden und Kirchenkreisen im Bereich der Stellen- und Finanzplanung im Gebiet der ehemaligen Thüringer Kirche mehr Veränderungen und Anpassungen abverlangt als dies in den anderen Teilen der neuen Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland der Fall war.

Wie die Arbeit des Verkündigungsdienstes in den entstehenden Strukturen gestaltet werden sollte und welche inhaltlichen Schwerpunkte entwickelt werden müssen, ist die Frage, vor der die Gemeinden, Kirchenkreise und die landeskirchlichen Gremien nun stehen. Neben den Herausforderungen von Säkularisierung, Deindustrialisierung und demographischem Wandel sind es eben jene strukturellen Veränderungen, welche das Leben der Gemeinden im Kirchenkreis Altenburger Land prägen.

> *„Ein Kirchenkreis soll Orte und Gelegenheiten schaffen, in denen Unterschiedliches und voneinander Verschiedenes aufeinander bezogen und miteinander verknüpft werden kann. [..] Ein Kirchenkreis soll Orte und Gelegenheiten schaffen, an denen die Möglichkeit zu informellem Austausch besteht; besonders Mandatsträger sind auf solche Gelegenheiten angewiesen, weil ihre Entscheidungen sonst 'blutleer' und ohne Verankerung an*

der Basis bleiben." (Regionalbischöfin Kühnbaum-Schmidt beim Ephorenkonvent der EKM am 27.1.2015 in Erfurt)

Ganz ähnlich formuliert es der Leiter des Dezernates Gemeinde des Landeskirchenamtes der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Oberkirchenrat Christian Fuhrmann, zu gleichem Anlass, wenn er vom „corpus mixtum" und von der Rolle des Kirchenkreises als Moderator spricht.

Es sind genau diese Punkte, an denen es im Kirchenkreis Altenburger Land zu den in der Untersuchung benannten Entwicklungen kam. Die Situation der letzten Jahre hat in einigen Teilen des kirchlichen Lebens einen negativen Kreislauf in Gang gesetzt: Indem die Planungen und Wahrnehmungen sich generell an der weniger werdenden Zahl der Gemeindeglieder orientierten, wurde die Zahl der Mitarbeitenden reduziert und die Räume, in denen diese Mitarbeitenden tätig sind, deutlich erweitert. Die inhaltliche Fragestellung, wie in den nun geschaffenen Räumen gearbeitet werden soll wurde in den Bereich der Gemeindekirchenräte verlagert. Überlastung und Frustration sowohl der ehrenamtlich als auch der hauptamtlich Mitarbeitenden waren die Folge.

Der Kirchenkreis Altenburger Land teilt seine Probleme und Herausforderungen mit allen übrigen Kirchen der neuen Länder. Nur dass alle Probleme, welche sonst in Kombination oder einzeln vorhanden, hier in Vollständigkeit vertreten sind. Es ist eine Kombination von strukturellen Entwicklungen und zufälligen Entscheidungen, die zu einer Fokussierung auf die als negativ empfundenen Faktoren der Entwicklung geführt haben.

2. Gegenwärtige Maßnahmen

Die im Bereich des Kirchenkreises durchgeführte Stellenplanung hatte in den vergangenen Jahren die für die Stellenplanung relevanten Daten erhoben und ihre Veränderung über einen Zeitraum von zwölf Jahren berechnet. Diese Daten berücksichtigen sowohl den demographischen Wandel als auch die Faktoren einer fortschreitenden Säkularisierung. Zu diesen Faktoren kommt in einem zweiten Schritt eine Hochrechnung des allgemeinen Bevölkerungsschwundes infolge von Abwanderung und Geburtenrückgang. Insofern verfügt der Kirchenkreis über eine fundierte und sehr genaue Datengrundlage. Diese bildet die Basis für Entscheidungsprozesse, welche in den Kirchengemeinden und Gremien des Kirchenkreises geführt und beschlossen werden müssen. Eine Diskussion zu Inhalten und Schwerpunkten der inhaltlichen Arbeit wäre der nächst folgende Schritt gewesen. Durch einen Wechsel in der Leitung des Kirchenkreises wurde dieser Prozess erschwert bzw. wurde in die Zeit nach einer Wahl einer neuen Superintendentin / eines Superintendenten verschoben.

Die Reaktion der Landeskirche auf die dargestellten Entwicklungen und einen im Sommer fehlgeschlagenen Versuch, die Superintendentenstelle neu zu besetzen, beinhaltete:

(1) neben einer umfassenden Beratung der Gremien des Kirchenkreises,
(2) eine Sitzung des Landeskirchenrates in Altenburg sowie
(3) die Entsendung eines Interimssuperintendenten für drei Jahre ab Dezember 2014.

In der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland wird der Interimsdienst als eine besondere, zeitlich begrenzte Form des pastoralen Dienstes verstanden. Ziel des Interimsdienstes ist es, Kirchengemeinden, Kirchenkreise oder andere Einrichtungen und Institutionen in einem zeitlich begrenzten Prozess der Findung und Neuausrichtung im Auftrag zu begleiten. Dabei ist entscheidend, dass

der Beauftragte nicht als zukünftiger Stelleninhaber in Aussicht zu nehmen ist. In dem Sinne, dass sich der Interimsdienstleistende gleichzeitig als „Insider“ und „Outsider“ begreift, liegen sowohl Spannung als auch Potential des Interimsdienstes.
In Vorbereitung des Dienstes wurde die Sicht der jeweiligen Problemfelder bzw. der Potentiale und Möglichkeiten des Kirchenkreises aus der Perspektive der einzelnen Fachabteilungen des Landeskirchenamtes dargestellt. Die Aufgabenstellung seitens der Landeskirche orientiert sich zu Beginn an den Fragen zur Findung des spezifischen Auftrags und des Profils der Arbeit im Bereich des gesamten Kirchenkreises, der einzelnen Pfarrstellen und der Kirchengemeinden:

- Wo liegen Stärken und sollen Schwergewichte zukünftiger Arbeit gesetzt werden?
- Auf welche Aufgaben möchte man sich konzentrieren?
- Welche Kooperationspartner sind dafür in den Blick zu nehmen?

Eine Perspektive in Bezug auf die drängenden Fragen sollte im Zeitraum des Interimsdienstes erarbeitet werden. In einem ersten Schritt der konkreten Arbeit im Kirchenkreis Altenburger Land ging es dann um die Klärung und Erarbeitung von Lösungsansätzen für die akuten Problemzonen des Kirchenkreises. Die Gespräche in den Gemeindekirchenräten spiegelten die in den Untersuchungen festgestellten Fragestellungen und Ratlosigkeit wider. Der freihändige Umgang mit Verfahren und Entscheidungsabläufen hatte in der Vergangenheit zu Vertrauensverlust und gegenseitiger Verständnislosigkeit geführt. Dem galt es, Transparenz der Entscheidungsabläufe und konkrete Handlungsvorschläge entgegen zu setzen.

Primäre Aufgabe der Arbeit des Kirchenkreises ist es, die Kontinuität im Verkündigungsdienst in den Kirchengemeinden zu gewährleisten. Dabei ist die Präsenz von Wort und Sakrament in der Fläche der Gemeinden des Kirchenkreises Altenburger Land ein erklärtes Ziel der inhaltlichen und strukturellen Arbeit im Verkündigungsdienst. Die Gestaltung des Verkündigungsdienstes geschieht dabei in Abstimmung mit den jeweilig verantwortlichen Gremien (z.B.: Gemeindekirchenrat, Kreiskirchenrat, Landeskirchenrat, Landeskirchenamt, …) und den, in den jeweiligen Arbeitsbereichen im Verkündigungsdienst stehenden Mitarbeitenden.

Die gegenwärtige Phase der Entwicklung wird als eine Zeit des Innehaltens und Ausprobierens sowie der Reflexion der Vergangenheit (Was ist gut gelungen? An welchen Punkten sollte ein Neubeginn möglich bzw. nötig sein) begriffen. Zur Findung des spezifischen Auftrags und des Profils der jeweiligen Gemeinschaft bedarf es Raum und Zeit. Die Mitarbeitenden unterstützen und begleiten diesen Prozess. Dazu gehören auch die Fragen, wie mit der aktuellen Situation und den zukünftigen Perspektiven, z.B. der Kirchengemeinden bzw. des Kirchenkreises umzugehen ist. Konkret wird dieser Prozess u.a. im Rahmen eines moderierten Klausurkonventes im Juli 2015 in Zusammenarbeit mit dem Gemeindedienst der EKM begleitet.

3. Die Zukunft: Für eine inklusive Kirche

Kirche Sein ist keine Theorie, sondern der stetige Versuch aus dem Glauben heraus den unsichtbaren Leib Christi sichtbar werden zu lassen. Die Herausforderungen durch demographischen Wandel und Säkularisierung werden den Kirchenkreis auch in den kommenden Jahren begleiten. Eine Anpassung an die Gegebenheiten erscheint in diesem Zusammenhang als eine permanente Arbeitsaufgabe der Leitung des Kirchenkreises. Dem gilt es – an der Schwelle zwischen notwendiger Strukturplanung und der Suche nach neuen Strategien für den Verkündigungsdienst – durch

geistliche Besinnung und Freisetzung schöpferischer Potentiale, positive Impulse zu neuen Formen des Gemeindelebens zur Seite zu stellen.
Die gegenwärtige Phase der Diskussion bietet eine gute Möglichkeit, neue Formen und Formate des Gemeindelebens und der Arbeit in Zeugnis und Dienst auszuprobieren. Dabei bringt die gegenwärtige Situation notwendigerweise ein deutlicheres Verständnis der innerkirchlichen Beziehungen und ein Entdecken der Möglichkeiten, welche Kirchengemeinde, Kirchenkreis und Landeskirche miteinander teilen, mit sich. So kann Identität auch als Teil eines größeren Zusammenhangs entdeckt werden.

In den Gremien des Kirchenkreises wurde die Frage nach den Herausforderungen der nächsten Jahre im Rahmen der Orientierung der inhaltlichen Arbeit gestellt. Neben den allgemein benannten Problemen von demographischem Wandel und Säkularisierung wird auch die Vielzahl der restaurierten Kirchen unter dem Gesichtspunkt ihres Nutzens für die Verkündigung als positive Herausforderung gesehen. Die im Vergleich hohe Dichte von Kirchengebäuden (20% der Kirchen der EKD befinden sich im Gebiet der EKM) kann als Chance begriffen werden. Kirchen sind Begegnungsräume, die es geistlich zu erschließen gilt.

Wie kann unser gottesdienstliches Leben in die Gesellschaft ausstrahlen und welche Ideen haben wir für die Kommunikation des Evangeliums in die säkulare Welt? Es ist ein Bündel ganz unterschiedlicher Aufgaben und Chancen, welche von den einzelnen Gemeinden und Mitarbeitenden formuliert bzw. erkannt werden. In der gegenwärtigen Arbeit gilt es, nun genau jene subjektiven Lösungen für die einzelnen Gemeinden und Mitarbeitenden zu finden. Es ist das Bild einer Kirche, die Herausforderungen und Veränderungen als kreative Möglichkeiten für alle Beteiligten entdeckt und einschließt. Inklusive Kirche ist ein Raum, in dem jeder gleich wichtig ist. Sie ist Kirche für Andere, weil jeder ein Anderer ist. Auch der Blickwinkel der anderen Kirchengemeinden formuliert die subjektiven Ziele und Aufgaben der einzelnen Christen in den Gemeinden.

In der Vergangenheit ist es zu einem Kommunikationsabriss und, damit verbunden, zu einem Vertrauensverlust zwischen der Leitung und den einzelnen Kirchengemeinden gekommen. Nun gilt es durch Schritte der Leitung des Kirchenkreises die Vertrauenskultur zwischen Gemeinden und Kirchenkreis neu zu entwickeln. Das Gleichgewicht in der Wahrnehmung ehrenamtlicher und hauptamtlicher Tätigkeit soll durch die Betreuung der ehrenamtlichen Mitarbeitenden im Verkündigungsdienst durch den Kirchenkreis hergestellt werden. Die Vernetzung der einzelnen Arbeitsbereiche in Synode und Kreiskirchenrat ist ein wichtiger Schritt im Zusammenhang einer neuen Kommunikationskultur, welche auch die Formulierung gemeinsamer Ziele in Bezug zum säkularen Umfeld erst möglich macht. Gemeinsame Findung von spezifischen Strukturen und Entwicklung eines Klimas der Offenheit für Impulse und Anregungen sind die Ziele der gegenwärtigen Arbeit.

Dazu ist bereits, nach der Erstellung einer Kommunikationsstrategie, ein breiter Diskussionsprozess zwischen den Gremien des Kirchenkreises und den Kirchengemeinden entstanden. Besonders wichtig erscheint dabei der moderierte Klausurkonvent mit allen Mitarbeitenden, ein Gemeindekirchenratstag im September 2015 und die im vierten Quartal 2015 geplanten theologischen Tage für haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende.

Wichtig ist:

- Weg von der Verwaltung sinkender Mittel und hin zu den Zielen, die wir im Blick haben

- Zu fragen, welche Möglichkeiten wir haben, um diese Ziele erreichen zu können.
- Zu fragen, welche Mittel wir in Zukunft dafür zur Verfügung stellen wollen.

Reformatorische Gelassenheit in Bezug auf den demographischen Wandel ist nötig, um sich nicht den Blick auf Möglichkeiten der Gegenwart zu verstellen. Ein entspanntes und zielorientiertes Miteinander aller Aktiven zu entwickeln ist das Ziel der neuen Kommunikationsstrategie.

Konkret wurden auf diesem Weg Lösungen für eine Struktur der Pfarrstellen Dobitschen, Meuselwitz-Lucka und Rositz im Norden des Kirchenkreises Altenburger Land gefunden. Die Lösung des Konfliktes zwischen der Kirchengemeinde Saara und dem Kirchenkreis soll in einer halbjährigen Erprobungsphase getestet werden. Der Stellenplan entspricht, aufbauend auf der Arbeit der vergangenen Jahre, den gegenwärtigen Erfordernissen. Die diakonische Arbeit entwickelt sich durch die Themenfelder Flüchtlings- und Sozialarbeit zu einem wichtigen Scharnier zu den Entscheidungsträgern in Landkreis und Kommunen.

4. Inklusiv und Partizipativ

Inklusive Kirche sein, heißt immer wieder – gemeinschaftlich – einen neuen Blickwinkel zu suchen. Gegenseitige Besuche der Kirchengemeinden, gemeinsame Veranstaltungen und vor allem das gemeinsame Feiern von Gottesdiensten mit dem Nachdenken über Gottes Wort sind Erfahrungen, welche den Menschen das Bewusstsein eines gemeinsamen Weges geben. Einander teilhaben lassen an den Dingen, die gelingen. Gemeinsam, über die Grenzen der Arbeitsbereiche und der haupt- und ehrenamtlich verantworteten Dienste hinweg, auch nach dem zu schauen, was nicht gelingt. Dazu braucht es auch strukturelle Lösungen, die die gewünschte gegenseitige Augenhöhe abbilden. Der Kirchenkreis Altenburger Land wird 2016 in seinem Haushalt Personalstellen für ehrenamtliche Arbeit im Verkündigungsdienst inklusive der entstehenden Kosten analog zu den hauptamtlichen Stellen darstellen. Der so entstehende „inklusive Stellenplan“ soll die Nachhaltigkeit aller Formen der Gemeindearbeit nachvollziehbar abbilden. Teilhabe in den Entscheidungsprozessen ist schon jetzt durch die Strukturen der Gremien gegeben. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeitenden darf die Zahl der ehrenamtlich Mitarbeitenden nicht erreichen.

Kirchengemeinden können nicht alle an allen Orten die Gesamtheit und den Reichtum des Verkündigungsdienstes Gestalt werden lassen. Aber in Zeiten von Umbrüchen seine subjektive Aufgabe und Möglichkeit zu entdecken, ist die Chance jedes einzelnen Christen in „seiner“ Kirchengemeinde. Dabei spielen die Mitgliederzahlen und die zur Verfügung stehenden Mittel eine sekundäre Rolle. Die Aufgabe des Kirchenkreises wird sein, die unterschiedlichen Formen kirchlichen Lebens miteinander in Verbindung zu bringen. Die Orientierung an den aus dem Glauben und gegenseitigem Zuhören erwachsenen Aufgaben meint hier die Suche jeder Gemeinde nach dem, was Menschen in der und im Umfeld der Gemeinde brauchen, um zum Glauben zu finden und ihn zu leben.

„*Wenn morgen die Welt unterginge würde ich heute einen Apfelbaum pflanzen.*“ Dieses Zitat, welches zu den am besten erfundenen Zitaten Martin Luthers gehört, beschreibt gut den vor den Gemeinden des Kirchenkreises liegenden Weg. Seinen Apfelbaum zu finden gehört zu den Aufgaben jedes Einzelnen.

Herausgeber_innen und Autor_innen

Dr. Judith Miggelbrink

Leibniz-Institut für Länderkunde

Schongauerstr. 9

D-04328 Leipzig

j_miggelbrink@ifl-leipzig.de

Dipl.-Geogr. Frank Meyer

Leibniz-Institut für Länderkunde

Schongauerstr. 9

D-04328 Leipzig

f_meyer@ifl-leipzig.de

Michael Wegner

Amtierender Superintendent des Kirchenkreises Altenburger Land

Geraer Straße 46

D-04600 Altenburg

kirchenkreis@suptur-abg.de

Neuerscheinung

Annedore Bergfeld und Robert Nadler

Mobilität und Arbeitsmarktverflechtungen in der EURES-TriRegio

Leipzig 2015, forum ifl, Heft 27, 147 Seiten,
Anhang mit 70 Tabellen, 26 Abbildungen,
dem Interviewleitfaden und 5 Exkursen
ISBN 978-3-86082-096-4, 4,90 €
http://www.ifl-leipzig.de/de/publikationen/zeitschriften-und-reihen/forum-ifl.html

Die unvermeidbare und rapide voranschreitende Verknappung der fossilen Energieträger führte in den vergangenen Jahren Der Abschlussbericht stellt den aktuellen Sachstand im Projekt „Mobilität und Arbeitsmarktverflechtungen in der EURES-TriRegio“ dar. Er basiert auf dem Zwischenbericht (09/2013), der insbesondere statistische Daten in länderübergreifend vergleichbarer Weise aufbereitete. Die Ergebnisse verdeutlichten die in weiten Teilen schwierige Datenlage. Für viele Indikatoren konnten Aussagen nicht mit gleicher Differenziertheit für alle drei Teilräume aufbereitet werden. Dennoch kann mit der vorliegenden Datenbasis die Ausgangssituation in der EURES-TriRegio in ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität dargestellt werden.

Der jetzt vorliegende Abschlussbericht beinhaltet eine fundierte Charakteristik der Ausgangssituation im Betrachtungsgebiet unter Einbindung verfügbarer statistischer Daten und mittels Einbettung der Befunde in die Forschungsliteratur. Zudem wurden die Rahmensetzungen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes der EURES-TriRegio mit Befunden aus vergleichbaren Regionen an der westdeutschen Außengrenze abgeglichen.

Die detaillierte Aufbereitung der Barrieren und Hemmnisse für den grenzüberschreitenden Austausch von Arbeitskräften innerhalb der EURES-TriRegio sowie die Ableitung entsprechender Handlungsempfehlungen basiert auf der detaillierten Analyse der Ausgangssituation, der Auswertung verfügbarer Literatur sowie der Befragung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsexperten aus den drei Teilregionen der EURES-TriRegio. Zudem wurden die Ergebnisse in einem trilateralen Workshop mit Akteuren aus allen Teilregionen diskutiert und die herausgearbeiteten Handlungsansätze weiter präzisiert.
Im Anhang sind wesentliche Ausgangdaten zur Charakteristik der EURES-TriRegio nach Gebietseinheiten (sächsische Kreise/kreisfreie Städte, polnische Podregionen, tschechische Bezirke) zusammengestellt. Soweit Daten verfügbar waren, erfolgte eine Differenzierung nach NUTS-3-Regionen. Für die Mehrzahl der Indikatoren wurden 3 Jahresschritte gewählt: vor der EU-Osterweiterung (2001/2002); nach der EU-Osterweiterung (2006/2007); und nach der Einführung der Freizügigkeit (2011/2012). Ebenso findet sich im Anhang der Gesprächsleitfaden für die Expertengespräche.

Neuerscheinung

Paul Gans, Ingrid Hemmer (Hrsg.)

Zum Image der Geographie in Deutschland. Ergebnisse einer empirischen Studie

Leipzig 2015, forum ifl, Heft 29, 135 Seiten,
20 Tabellen, 19 Abbildungen,
Anhang mit den drei Fragebögen für Öffentlichlkeit,
Medienvertreter, Manager
ISBN 978-3-86082-100-8, 4,90 €
http://www.ifl-leipzig.de/de/publikationen/
zeitschriften-und-reihen/forum-ifl.html

In seinem Forschungsbereich zur „Geschichte der Geographie“ und in seinem „Archiv für Geographie“ hat das Leibniz-Institut für Länderkunde einen Schwerpunkt in der institutionellen Entwicklung der Geographie im weiteren Sinne gebildet. So ist es nur konsequent, wenn „forum ifl“ nicht nur Beiträge zur inhaltlichen und konzeptionellen Entwicklung von Forschungsfragen im engeren Sinne aufnimmt, sondern insbesondere auch solche, die sich der institutionellen Verfassung der Geographie und ihres disziplinären Umfelds widmen – und wenn sie sich nicht nur auf die Vergangenheit und Gegenwart bezieht, sondern auch Fragen künftiger Entwicklung impliziert, ist dies besonders erfreulich.

Die Idee zu einer repräsentativen Studie zum Image der Geographie wurde in einer Klausurtagung der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) geboren, die 2012 in Bensberg mit Vertreterinnen und Vertretern aller geographischen Teilverbände stattgefunden hat. Im Dezember 2012 beschloss das Präsidium der DGfG in Jena die Einzelheiten zur Durchführung dieser Studie und legte die Probandengruppen entsprechend den Berufsfeldern in Schule, Wissenschaft und Unternehmen/Verwaltung, Fragestellung etc. fest. Die Fachverbände Deutscher Verband für Angewandte Geographie (DVAG), Hochschulverband für Geographiedidaktik (HGD) und Verband der Geographen an deutschen Hochschulen (VGDH) sowie die studentische Organisation GeoDACH benannten jeweils Mitglieder für ein Team, das die Studie vorbereitete und begleitete. Die Erhebungen erfolgten im Sommer 2013.

Ziel der Imagestudie ist die Ermittlung des Fremdimages der Geographie. Es liegt nahe zu vermuten, dass sich die Vorstellungsinhalte zur Geographie als Schulfach, als Wissenschaft oder im Beruf durchaus unterscheiden – es also das eine Image der Geographie gar nicht gibt. Dementsprechend wurden den Probandengruppen differenzierte Fragen vorgelegt, die für jeden dieser Bereiche affektive und kognitive Aspekte von Einstellungen ermittelten. Anliegen der Studie ist es auch, Grundlagen dafür zu schaffen, die Öffentlichkeitsarbeit für das Fach Geographie effektiver zu gestalten und besser nach außen darstellen zu können. Dafür bedarf es neben der Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der vorliegenden Analyse auch einer intensiven, weiterführenden Diskussion darüber, welches (Eigen-)Bild und welche Themen die Geographinnen und Geographen in den Fokus der Öffentlichkeit stellen. Schon an dieser Stelle sei herzlich dazu eingeladen, an dieser Diskussion mitzuwirken.